



Die vom Salzburger Landtag entsandten Mitglieder des Bundesrates

OSR Josef Saller, Mag. Susanne Kurz, Dr. Heidi Reiter, Dr. Dietmar Schmittner

Tätigkeitsbericht

2015 - 2016

Salzburg im Juli 2016



Inhaltsverzeichnis

1.	DER BUNDESRAT – EINLEITUNG	3
2.	JAHRESBERICHT	5
3.	MANDATARE UND DEREN FUNKTIONEN IM BUNDESRAT	6
4.	GESETZTES ANTRÄGE DES BUNDESRATES.....	21
5.	EINSPRÜCHE DES BUNDESRATES	21
6.	ANFRAGEN.....	21
7.	TÄTIGKEITSBERICHTE.....	29
8.	BUNDESRATSENQUETEN	33
9.	INTERESSENSVERTRETUNG IN WIEN	37
10.	Anträge	37
11.	Mandatsstand 2015 - 2016.....	42
12.	Bundesratspräsident Saller lud zum ersten Seniorenparlament	43
13.	EU-Vorhaben: Stellungnahmen der Landtage	46
14.	Aktivitäten während des Salzburger Bundesratsvorsitzes	48
15.	Der Bundesrat als wichtiges Organ der Demokratie	54

1. DER BUNDESRAT – EINLEITUNG

In der Bundesverfassung werden der Bestand der Bundesländer und ihre Beteiligung an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes gesichert. Über den Bundesrat wirken dabei die Länder an der Gesetzgebung mit.

Das österreichische Parlament besteht aus dem Nationalrat, der vom Volk direkt gewählt wird, und dem Bundesrat, dessen Mitglieder von den neun Landtagen entsandt werden.

Der Nationalrat hat eine fixe Mitgliederzahl von 183 Mandataren. Beim Bundesrat ist dies nicht der Fall; er besteht derzeit aus 61 Mitgliedern und erneuert sich jeweils nur zum Teil – und zwar nach jeder Landtagswahl. Er hat weder Gesetzgebungsperioden noch Tagungen, tagt also in Permanenz. Die variable Mitgliederzahl, die nach jeder allgemeinen Volkszählung neu festgelegt wird, schwankt seit 1945 zwischen 50 und 65 Mandataren (*bezüglich Details siehe die Homepage des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen www.parlamentarismus.at : „Der Bundesrat nach der Volkszählung 2011“*).

Gemäß Artikel 34 B-VG entsendet das Land mit der größten Bürgerzahl (derzeit Niederösterreich) zwölf, jedes andere Bundesland so viele Mitglieder, als dem Verhältnis seiner Bürgerzahl entspricht. Dabei werden Reste über die Hälfte der Verhältniszahl als voll angerechnet. Jedem Land gebührt jedoch eine Vertretung von wenigstens drei Mitgliedern.

Nach Artikel 36 B-VG wechseln sich die Länder halbjährlich in alphabetischer Reihenfolge im Vorsitz ab. Als Vorsitzender – also Präsident – fungiert dabei der an erster Stelle entsendete Vertreter des zum Vorsitz berufenen Landes – also der stärksten Partei im Landtag. Jedoch kann der Landtag unter bestimmten Voraussetzungen beschließen, dass der Vorsitz von einem anderen Vertreter dieser Partei geführt werden soll.

Die wichtigsten Aufgaben des Bundesrates sind:

- Klassische Aufgaben:

Gesetzgebung

Parlamentarische Kontrolle (insbesondere politische und rechtliche Kontrollrechte) sowie Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes.

- Seit dem EU-Beitritt Österreichs kommt noch eine neue Dimension dazu, nämlich die der indirekten und der direkten Mitwirkung der nationalen Parlamente an der EU-Rechtssetzung bzw. EU-Willensbildung. Diese Aufgabe hat durch den Vertrag von Lissabon für den Bundesrat eine besondere Bedeutung erlangt.

Nunmehr zu den Details der klassischen Aufgaben:

1. Gesetzgebung

Gemäß Artikel 42 B-VG ist jeder Gesetzesbeschluss des Nationalrates unverzüglich von dessen Präsidenten dem Bundesrat zu übermitteln. Dieser kann - von Ausnahmen abgesehen - nur dann beurkundet und kundgemacht werden, wenn der Bundesrat innerhalb von acht Wochen gegen den Beschluss keinen mit Gründen versehenen Einspruch erhoben hat. Das bedeutet konkret, dass der Bundesrat entweder innerhalb von acht Wochen ausdrücklich beschließt, keinen Einspruch zu erheben und somit diese Frist verkürzt, oder dass er sich – in Ausnahmefällen – verschweigt.

2. Parlamentarische Kontrolle

- Instrumente der politischen Kontrolle sind:
 - Interpellationsrecht
 - Resolutionsrecht
 - Informationsrecht
 - Zitationsrecht
 - Petitionsrecht

- Als wichtigstes Instrument der rechtlichen Kontrolle sei Anfechtung von Gesetzen beim Verfassungsgerichtshof durch ein Drittel der Mitglieder des Bundesrates erwähnt.

3. Mitwirkung an der Vollziehung des Bundes

Diese manifestiert sich beispielsweise im Abschluss von Staatsverträgen und in der Ernennung von Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Verfassungsgerichtshofes (drei Mitglieder und ein Ersatzmitglied).

2. JAHRESBERICHT

Jahresbericht über die Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung und die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollrechte.

Wenn gleich die Wahl der Mitglieder des Bundesrates durch den Landtag wegen des in Art. 56 Abs. 1 B-VG festgelegten freien Mandates mit keiner rechtlichen oder politischen Verantwortlichkeit gegenüber dem entsendenden Landtag verbunden ist, halten wir es für zweckmäßig, über unsere Tätigkeit dem Landtag gegenüber Bericht zu erstatten. Wir sehen darin auch einen Anstoß, dass Tätigkeitsberichte nicht nur von den Organen der Vollziehung verlangt werden, sondern im Bereich aller gesetzgebenden Körperschaften von den Abgeordneten auch selbst vorgelegt werden sollen.

Die Tätigkeit des Bundesrates kann ebenso wie die gesamte Bundesgesetzgebung im Internet auf den Homepages des Parlaments (<http://www.parlament.gv.at>) nachvollzogen werden, wobei auch sämtliche parlamentarischen Materialien und die Sitzungsprotokolle einsehbar sind. Die Bundesratssitzungen werden inzwischen über ORF III live übertragen.

Arbeit der Mitglieder des Bundesrates

Mitglieder des Bundesrates sind gleichberechtigte Ansprechpartner für BürgerInnen. Ebenso wie Landtagsabgeordnete, Mitglieder des Europäischen Parlaments oder Nationalratsabgeordnete.

Sie melden sich im Parlament zu Wort, arbeiten in den parlamentarischen Ausschüssen mit, halten Führungen im Parlament stellen sich für die Demokratiewerkstatt im Palais Epstein zur Verfügung, empfangen ausländische Parlamentarier-Delegationen, nehmen an parlamentarischen Themen-Enqueten und Hearings, an Präsidial-, Klub-, und Treffen von parlamentarischen Freundschaftsgruppen teil. Mitglieder des Bundesrates prüfen im EU-Ausschuss Entwürfe der EU-Kommission für Verordnungen und Richtlinien und Weißbücher ob sie den Grundsätzen der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit entsprechen. Wir besuchen die Landtagssitzungen und die Klubsitzungen unserer Partei. Freilich arbeiten wir auch auf Bezirks- und Gemeindeebene tatkräftig mit. Kurz gesagt: Wir BundesrätInnen erfüllen die Rolle, die uns die Österreichische Bundesverfassung seit rund 94 Jahren übertragen hat. Daneben halten wir in den Gemeinden unseres Wahlkreises Sprechstage, übernehmen Vertretungen von Landesregierungsmitgliedern bei Wirtschaftlichen, Kulturellen, Sportlichen, Vereinsversammlungen und ähnlichen Anlässen und üben zu all dem noch einen bürgerlichen Beruf aus.

3. MANDATARE UND DEREN FUNKTIONEN IM BUNDESRAT

Bundesrat OSR Josef Saller



Geb.: 25.12.1945, Bischofshofen (Salzburg)

Beruf: Hauptschuldirektor i.R.

Politische Mandate

- Präsident des Bundesrates 01.01.2016 -30.06.2016
- Schriftführer des Bundesrates, 07.10.2004 –
- Mitglied des Bundesrates, ÖVP 27.04.1999 –

Politische Funktionen

- Abgeordneter zum Salzburger Landtag 1989–1999
- Vizebürgermeister der Gemeinde Bischofshofen 1979–1989
- Landesobmann des Österreichischen Seniorenbundes (ÖSB) Salzburg seit 2002

Vorsitzender	› Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates	03.12.2015–
Stellvertretender Ausschussvorsitzender	› Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates	03.12.2015–

Mitglied	› Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet	05.12.2013–
	› Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates	03.12.2015–
	› Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	› Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
Ersatzmitglied	› Ausschuss für Familie und Jugend des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Verkehr des Bundesrates	03.12.2015–
	› Gesundheitsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	› Justizausschuss des Bundesrates	03.12.2015–

›Unvereinbarkeitsausschuss des
Bundesrates

03.12.2015–

Reden in Plenarsitzungen

›849.
Sitzung

17.12.2015 BIFIE-Gesetz 2008

›846.
Sitzung

29.10.2015 Universitätsgesetz 2002 und
Forschungsorganisationsgesetz

S. 87–
88

›844.
Sitzung

23.07.2015 Wissenschaftsfonds-Novelle 2015

S. 49–
50

Bundesrätin Mag. Susanne Kurz



Geb.: 02.04.1956, Salzburg

Beruf: Lehrerin an einer BHS

Politische Mandate

- Mitglied des Bundesrates, SPÖ 28.04.2004 –
- Vizepräsidentin des Bundesrates, 01.01.2012 – 30.06.2014
- Präsidentin des Bundesrates, 01.07.2011 – 31.12.2011
- Vizepräsidentin des Bundesrates, 01.01.2008 – 30.06.2011
- Schriftführerin des Bundesrates, 07.10.2004 – 31.12.2007

Die Ausschüsse

Vorsitzende	▸ Justizausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
Stellvertretender Ausschussvorsitzender	▸ Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates	03.12.2015–

Mitglied	› Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur des Bundesrates	03.12.2015–
	› Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates	03.12.2015–
	› Gesundheitsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	› Justizausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
Ersatzmitglied	› Ständiger gemeinsamer Ausschuss im Sinne des § 9 des Finanz- Verfassungsgesetzes 1948 vom Bundesrat entsendet	05.12.2013–
	› Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	03.12.2015–
	› Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates	03.12.2015–
	› Finanzausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	› Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	› Unvereinbarkeitsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–

Reden in Plenarsitzungen

›854. Sitzung	02.06.2016	Abschlussprüfungsrechts-Änderungsgesetz 2016 – APRÄG 2016	
›853. Sitzung	12.05.2016	Verwertungsgesellschaftengesetz 2016 – VerwGesG 2016	
›851. Sitzung	10.03.2016	BMJ - Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2016	
		Erklärung des Landeshauptmannes von Salzburg "Sicherheit, Planbarkeit und Verlässlichkeit"	
		2. Mietrechtliches Inflationslinderungsgesetz – 2. MILG	
›850. Sitzung	11.02.2016	Änderung des Ehegesetzes und des Strafgesetzbuches zur Verhinderung von Zwangsehen	
›849. Sitzung	17.12.2015	Erklärung der Republik Österreich über den Einspruch gegen den Beitritt der Republik Tadschikistan zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung	
		Gerichtsgebühren-Novelle 2015 – GGN 2015	
›847. Sitzung	19.11.2015	Hypothekar- und Immobilienkreditgesetz – HIKrG und das Verbraucherkreditgesetz	
		Viertes Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen	
	23.07.2015	Erbrechts-Änderungsgesetz 2015 – ErbRÄG 2015	S. 127– 128

›844. Sitzung	Strafrechtsänderungsgesetz 2015	S. 140– 142
	Staatsanwaltschaftsgesetz	S. 165– 166

Bundesrätin Dr. Heidelinde Reiter



Geb.: 19.08.1953, Salzburg

Beruf: Pensionistin

Politische Mandate

- Mitglied des Bundesrates, GRÜNE 18.07.2013 –
- Mitglied des Bundesrates, ohne Fraktion 19.06.2013 – 17.07.2013
- Ordnerin des Bundesrates, 18.07.2013 – 31.12.2013
- Ordnerin des Bundesrates, 01.01.2016 –

Ausschüsse

Mitglied	›Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates	03.12.2015–
	›Ausschuss für Wissenschaft und Forschung des Bundesrates	03.12.2015–
	›EU-Ausschuss des Bundesrates	03.12.2015–

	›Finanzausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	›Gesundheitsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	›Wirtschaftsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
Ersatzmitglied	›Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates	03.12.2015–
	›Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates	03.12.2015–
	›Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	03.12.2015–
	›Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates	03.12.2015–
	›Landesverteidigungsausschuss des Bundesrates	03.12.2015–
	›Umweltausschuss des Bundesrates	03.12.2015–

›854. Sitzung	02.06.2016	Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Kirgisischen Republik über die Förderung und den Schutz von Investitionen
		Aktuelle Stunde Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie "Die regionale Bedeutung von Investitionen in die Infrastruktur"

		Bundesgesetz über die Förderung von Handwerkerleistungen
		Erklärungen des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers
		Katastrophenfondsgesetz 1996 und Hagelversicherungs-Förderungsgesetz
›853. Sitzung	12.05.2016	Abschlussprüfer-Aufsichtsgesetz – APAG
		Apothekengesetz
		BMG - Jahresvorschau 2016
		BMFWF - EU-Vorhaben - Jahresvorschau 2016, Verwaltungsbereich Wirtschaft
		BMFWF - EU-Vorhaben - Jahresvorschau 2016, Verwaltungsbereich Wissenschaft und Forschung
		Bundesgesetz über die Gesundheit Österreich GmbH
		KRAZAF-Abwicklungsgesetz
		Tabakgesetz und Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz - GESG
›852. Sitzung	31.03.2016	BK, BMKKV - Arbeitsprogramm der Kommission für 2016
		Tätigkeitsberichte VwGH und VfGH für 2014

›851. Sitzung	10.03.2016	Erklärung des Landeshauptmannes von Salzburg "Sicherheit, Planbarkeit und Verlässlichkeit"
		EU-Jahresvorschau 2016 des Bundesministeriums für Finanzen
		Scheidemünzengesetz 1988 und Bundshaftungsobergrenzengesetz
›850. Sitzung	11.02.2016	Energie-Infrastrukturgesetz, Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, Bundesgesetz über die Frist und das Verfahren Art. 12 Abs. 3 B-VG
		1. EU-Berufsanerkennungsgesetz Gesundheitsberufe 2016 – EU-BAG-GB 2016
›849. Sitzung	17.12.2015	Abgabenänderungsgesetz 2015 – AbgÄG 2015
		Aktuelle Stunde Bundesminister für Finanzen "Finanzausgleichsverhandlungen: Chance für Bund und Länder"
		Börsegesetz 1989, Rechnungslegungs-Kontrollgesetz, Alternative Investmentfonds Manager-Gesetz und Kapitalmarktgesetz
		Bundes-Stiftungs- und Fondsgesetz 2015 – BStFG 2015, Gemeinnützigkeitsgesetz 2015 – GG 2015
		Bundesvergabegesetz 2006 und das Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012
		Gewerbeordnung 1994

		Normengesetz 2016 - NormG 2016	
		Poststrukturgesetz	
		Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine Erhöhung ausgewählter Kostenhöchstsätze des Art. 9 der Grundversorgungsvereinbarung	
		Wahlrechtsänderungsgesetz 2015	
		2. Dienstrechts-Novelle 2015	
›848. Sitzung	03.12.2015	Aktuelle Stunde Bundesministerin für Gesundheit "ELGA - Start der Elektronischen Gesundheitsakte"	
		Budgetbegleitgesetz 2016	
›847. Sitzung	19.11.2015	Europäischer Rechnungshof/Jahresberichte zum Haushaltsjahr 2014	
		Grüner Bericht 2015	
›846. Sitzung	29.10.2015	38. Bericht der Volksanwaltschaft (1. Jänner bis 31. Dezember 2014)	S. 71–73
		EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz – EU-QuaDG	S. 110–111
		Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, das Finanzmarktstabilitätsgesetz und das ABBAG-Gesetz	S. 119–121

Asiatische Infrastruktur Investitionsbank	S. 173– 175
Klimaschutzgesetz und Emissionszertifikategesetz 2011	S. 184– 185

Bundesrat Dr. Dietmar Schmittner



Geb.: 21.12.1958, Salzburg

Beruf: Jurist

Politische Mandate

1. Mitglied des Bundesrates, FPÖ 19.06.2013 –

Politische Funktionen

- Landesparteisekretär der FPÖ, Salzburg 2013–2015
- Bürgeranwalt der FPÖ, Salzburg 2013–2015

Ausschüsse

Mitglied	› Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015
	› Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015
	› Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015

	›Geschäftsordnungsausschuss des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015
	›Umweltausschuss des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015
	›Gesundheitsausschuss des Bundesrates	07.11.2014– 15.06.2015
Ersatzmitglied	›Ausschuss für Sportangelegenheiten des Bundesrates	04.07.2013– 04.12.2013
	›Ausschuss für innere Angelegenheiten des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015
	›Ausschuss für Verfassung und Föderalismus des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015
	›Finanzausschuss des Bundesrates	10.12.2013– 15.06.2015

Reden in Plenarsitzungen

›841. Sitzung	07.05.2015	Sozialbericht 2013-2014	S. 149– 150
		Legislativ- und Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2015	S. 165
›838. Sitzung	05.02.2015	Aktuelle Stunde BMLFUW zum Thema "Zukunftsstrategie für den ländlichen Raum"	S. 43– 44
	24.07.2014	Bundesbehindertengesetz und das Sozialministeriumservicegesetz - SMSG	S. 204– 205

›832.
Sitzung

Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, S. 207
das Bauarbeiter-Schlechtwetter-
Entschädigungsgesetz 1957, das Allgemeine
Sozialversicherungsgesetz und das
Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977

4. GESETZTES ANTRÄGE DES BUNDESRATES

12.11.2015 GABR Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz, das Übergangsgesetz vom 1. Oktober 1920, in der Fassung des B. G. Bl. Nr. 368 vom Jahre 1925 und das Bundesverfassungsgesetz betreffend Grundsätze für die Einrichtung und Geschäftsführung 869 d.B.

5. EINSPRÜCHE DES BUNDESRATES

14.01.2015 EBR Bundespflegegeldgesetz, Änderung 453 d.B. Zugewiesen an:
Ausschuss für Arbeit und Soziales, Beratungen noch nicht aufgenommen

6. ANFRAGEN

07.06.2016 J-BR Sanierung des Bahnhofs Kapfenberg (BMVIT) - Frist für die
Beantwortung 07.08.2016 3161/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist:
07.08.2016)

06.06.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld Volksschule Am Hundsturm 18/ Wien
Margareten (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3160/J-BR/2016 Einlangen in
der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)

06.06.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld Realgymnasium Rainergasse 39/ Wien
Margareten (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3159/J-BR/2016 Einlangen in
der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)

06.06.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld Realgymnasium Reinprechtsdorferstraße 24 /
Wien Margareten (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3158/J-BR/2016 Einlangen
in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)

06.06.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld Volksschule Gassergasse 46 / Wien
Margareten (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3157/J-BR/2016 Einlangen in
der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)

06.06.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld Berufsschule für Verwaltungsberufe,
Embelgasse 46, Wien Margareten (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3156/J-
BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)

- 06.06.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld Schulen des BFI Wien/Margaretenstraße 65 (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3155/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)
- 06.06.2016 J-BR Aufenthaltstitel des mutmaßlichen Doppelmörders Rafet R. (BMI) - Frist für die Beantwortung 06.08.2016 3154/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 06.08.2016)
- 02.06.2016 J-BR "Community Polizisten" und "Sicherheitsbürger" in Schärding, Mödling, Graz-Stadt und Eisenstadt (BMI) - Dringliche Anfrage 3153/J-BR/2016 Aufruf der dringlichen Anfrage
- 31.05.2016 J-BR Steuerleistungen der Vorarlberger Wirtschaft (BMF) - beantwortet durch (2910/AB-BR/2016 3140/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 31.05.2016 (2910/AB-BR/2016)
- 17.05.2016 J-BR Personalfehlstände bei der Polizei (BMI) - beantwortet durch (2909/AB-BR/2016 3137/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 17.05.2016 (2909/AB-BR/2016)
- 17.05.2016 J-BR geplante Sanierung des Bahnhofs Wartberg, Lärmschutz Wartberg und der Barrierefreiheit des Bahnhofs Mitterdorf (BMVIT) - beantwortet durch (2908/AB-BR/2016 3136/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 17.05.2016 (2908/AB-BR/2016)
- 13.05.2016 J-BR Sportstätten-Masterplan (BMLVS) - Frist für die Beantwortung 13.07.2016 3152/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 13.07.2016)
- 13.05.2016 J-BR Exekutive - Planstellen und Überstunden 2015 Nachfrage (BMI) - Frist für die Beantwortung 13.07.2016 3151/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 13.07.2016)
- 13.05.2016 J-BR Finanzpolizei-Kontrollen in Vorarlberg im Jahr 2015 (BMF) - Frist für die Beantwortung 13.07.2016 3150/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 13.07.2016)
- 12.05.2016 J-BR rechtsextreme Straftaten in Oberösterreich im Jahr 2015 (BMI) - Frist für die Beantwortung 12.07.2016 3149/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 12.07.2016)
- 12.05.2016 J-BR "Lehre mit Matura" (BMBF) - Frist für die Beantwortung 12.07.2016 3148/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 12.07.2016)
- 11.05.2016 J-BR Schubhaftzentrum Vordernberg (BMI) - Frist für die Beantwortung 11.07.2016 3147/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 11.07.2016)
- 10.05.2016 J-BR ÖBB im Innviertel und die Umsetzung des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz (BMVIT) - Frist für die Beantwortung 10.07.2016 3146/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 10.07.2016)
- 10.05.2016 J-BR Ausbildung von Rettungs- und Notfallsanitätern/innen und Sanitär-Gesetz (BMG) - Frist für die Beantwortung 10.07.2016 3145/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 10.07.2016)

10.05.2016 J-BR Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI) Jugendlichen und jungen Erwachsenen (BMFJ) - beantwortet durch (2903/AB-BR/2016 3135/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 10.05.2016 (2903/AB-BR/2016)

10.05.2016 J-BR psychische Gesundheit und Lebenswelten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI) Jugendlichen und jungen Erwachsenen (BMG) - beantwortet durch (2904/AB-BR/2016 3134/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 10.05.2016 (2904/AB-BR/2016)

10.05.2016 J-BR Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans* und inter* (LSBTI) Jugendlichen und jungen Erwachsenen (BMBF) - beantwortet durch (2907/AB-BR/2016 3133/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 10.05.2016 (2907/AB-BR/2016)

10.05.2016 J-BR Bestellung einer Schuldirektorin der HLW Rankweil: Warten auf Godot? (BMBF) - beantwortet durch (2906/AB-BR/2016 3131/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 10.05.2016 (2906/AB-BR/2016)

10.05.2016 J-BR Hausapotheken (BMG) - beantwortet durch (2905/AB-BR/2016 3129/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 10.05.2016 (2905/AB-BR/2016)

09.05.2016 J-BR Reinigung Flüchtlingsunterkünfte (BMI) - beantwortet durch (2902/AB-BR/2016 3132/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 09.05.2016 (2902/AB-BR/2016)

06.05.2016 J-BR rechtliche Benachteiligung von Kindern in getrennten Regenbogenfamilien (BMJ) - beantwortet durch (2901/AB-BR/2016 3128/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 06.05.2016 (2901/AB-BR/2016)

06.05.2016 J-BR denkmalgeschützte Objekte (BMKKV) - beantwortet durch (2900/AB-BR/2016 3125/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 06.05.2016 (2900/AB-BR/2016)

27.04.2016 J-BR verbotener Import von Edelmetallen und Kulturgütern (BMF) - Frist für die Beantwortung 27.06.2016 3144/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 27.06.2016)

27.04.2016 J-BR Asylheim in der Nordberggasse 8 in Andritz (Bezirk Graz Umgebung) (BMI) - Frist für die Beantwortung 27.06.2016 3143/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 27.06.2016)

18.04.2016 J-BR "Community Bürger" - im Bezirk Schärding (BMI) - beantwortet durch (2899/AB-BR/2016 3127/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 18.04.2016 (2899/AB-BR/2016)

18.04.2016 J-BR Landesstraße B 148 und polizeiliche Kontrollen (BMI) - beantwortet durch (2898/AB-BR/2016 3126/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 18.04.2016 (2898/AB-BR/2016)

15.04.2016 J-BR Einsatz von Mitteln der Breitbandmilliarde in der Steiermark (BMVIT) - beantwortet durch (2890/AB-BR/2016 3116/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 15.04.2016 (2890/AB-BR/2016)

- 13.04.2016 J-BR Erwähnung von ATTAC-Mitglied Christian Felber in einem Schulbuch (BMBF) - Frist für die Beantwortung 13.06.2016 3142/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 13.06.2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld des Rudolf-Sallinger-Parks (BMI) - beantwortet durch (2891/AB-BR/2016 3124/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2891/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld des Willi-Frank-Parks (BMI) - beantwortet durch (2892/AB-BR/2016 3123/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2892/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld des Bruno-Kreisky-Parks (BMI) - beantwortet durch (2893/AB-BR/2016 3122/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2893/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld der Wiener U-Bahnstation Margaretengürtel (BMI) - beantwortet durch (2894/AB-BR/2016 3121/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2894/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld des Einsiedlerparks (BMI) - beantwortet durch (2895/AB-BR/2016 3120/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2895/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld des Platzes "Am Hundsturm" in Wien-Margareten (BMI) - beantwortet durch (2896/AB-BR/2016 3119/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2896/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Polizeieinsätze im Umfeld des Bacherplatzes (BMI) - beantwortet durch (2897/AB-BR/2016 3118/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2897/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Asylheim im ehemaligen Andritzer Seniorenzentrum (Bezirk Graz) (BMI) - beantwortet durch (2889/AB-BR/2016 3117/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2889/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Medienberichterstattung über ausländische Straftäter (BMI) - beantwortet durch (2888/AB-BR/2016 3115/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2888/AB-BR/2016)
- 13.04.2016 J-BR Schubhaftzentrum Vordernberg (BMI) - beantwortet durch (2887/AB-BR/2016 3114/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 13.04.2016 (2887/AB-BR/2016)
- 11.04.2016 J-BR rechtsextreme Bewegung "Graue Wölfe" (BMI) - Frist für die Beantwortung 11.06.2016 3141/J-BR/2016 Einlangen in der Bundesrats-Kanzlei (Frist: 11.06.2016)
- 11.04.2016 J-BR ÖBB Mattigtalbahn (BMVIT) - beantwortet durch (2886/AB-BR/2016 3111/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 11.04.2016 (2886/AB-BR/2016)

08.04.2016 J-BR roter Pensionstransfer zwischen Bank Austria und Pensionsversicherungsanstalt (BMASK) - beantwortet durch (2884/AB-BR/2016 3113/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 08.04.2016 (2884/AB-BR/2016)

08.04.2016 J-BR Qualitätsstandards für Asylverfahren (BMI) - beantwortet durch (2885/AB-BR/2016 3112/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 08.04.2016 (2885/AB-BR/2016)

07.04.2016 J-BR Exekutive - Planstellen und Überstunden 2015 (BMI) - beantwortet durch (2883/AB-BR/2016 3109/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 07.04.2016 (2883/AB-BR/2016)

31.03.2016 J-BR bundeseinheitliche Bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMASK) - Dringliche Anfrage 3139/J-BR/2016

31.03.2016 J-BR Massenarbeitslosigkeit in Österreich durch die verfehlte Arbeitsmarktpolitik (BMASK) - Dringliche Anfrage 3138/J-BR/2016 Aufruf der dringlichen Anfrage

18.03.2016 J-BR Förderungen der einzelnen Organisationen der anerkannten österreichischen Volksgruppen (BMBF) - beantwortet durch (2882/AB-BR/2016 3108/J-BR/2016 Schriftliche Beantwortung am 18.03.2016 (2882/AB-BR/2016)

10.03.2016 J-BR roter Pensionstransfer zwischen Bank Austria und Pensionsversicherungsanstalt (BMASK) - Dringliche Anfrage 3130/J-BR/2016 Aufruf der dringlichen Anfrage

10.03.2016 M-BR Anzahl der dienstzugehörigen Staatsanwälte/innen der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (BMJ) 1885/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Bekämpfung des Drogenhandels (BMJ) 1884/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Projekt "Justiz 3.0" zur Entwicklung einer IT-Unterstützung für die Justiz (BMJ) 1883/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Reform im Sachwalterschaftsrecht (BMJ) 1882/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Verbesserung der Situation der Häftlinge (BMJ) 1881/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Schmuggel illegaler Gegenstände in Gefängnisse (BMJ) 1880/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Verhinderung von menschenverachtenden Beurteilungen in der Justiz (BMJ) 1879/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

10.03.2016 M-BR Löschung und strafrechtliche Verfolgung von Hasspostings auf Facebook und anderen Onlineplattformen (BMJ) 1878/M-BR/2016 Zusatzfrage gestellt

- 19.02.2016 J-BR Vergewaltigung einer 13-jährigen Syrerin durch ihren 26-jährigen Ehemann (BMJ) - beantwortet durch (2881/AB-BR/2016 3105/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 19.02.2016 (2881/AB-BR/2016)
- 19.02.2016 J-BR Missstände im "Asyl-Großquartier" Leoben (BMI) - beantwortet durch (2880/AB-BR/2016 3103/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 19.02.2016 (2880/AB-BR/2016)
- 18.02.2016 J-BR Verfügbarkeit der Tretgitter der LPD Wien (BMI) - beantwortet durch (2879/AB-BR/2016 3107/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 18.02.2016 (2879/AB-BR/2016)
- 18.02.2016 J-BR Dienst-Fahrzeuge (BMI) - beantwortet durch (2878/AB-BR/2016 3106/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 18.02.2016 (2878/AB-BR/2016)
- 18.02.2016 J-BR Vergewaltigung einer 13-jährigen Syrerin durch ihren 26-jährigen Ehemann (BMI) - beantwortet durch (2877/AB-BR/2016 3104/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 18.02.2016 (2877/AB-BR/2016)
- 17.02.2016 J-BR Implementierung von LGBT Rechten in den NAP Menschenrechte (BMEI) - beantwortet durch (2876/AB-BR/2016 3102/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 17.02.2016 (2876/AB-BR/2016)
- 17.02.2016 J-BR Implementierung von LGBT Rechten in den NAP Menschenrechte (BMKKV) - beantwortet durch (2875/AB-BR/2016 3101/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 17.02.2016 (2875/AB-BR/2016)
- 16.02.2016 J-BR ESF-Strategie Tirol 2020 (BMASK) - beantwortet durch (2874/AB-BR/2016 3100/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 16.02.2016 (2874/AB-BR/2016)
- 11.02.2016 J-BR roter Pensionstransfer zwischen Bank Austria und Pensionsversicherungsanstalt (BMASK) - Dringliche Anfrage 3110/J-BR/2016 Aufruf der dringlichen Anfrage
- 19.01.2016 J-BR "Transfer-Zelte" für Menschen auf der Flucht (BMI) - beantwortet durch (2873/AB-BR/2016 3099/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 19.01.2016 (2873/AB-BR/2016)
- 30.12.2015 J-BR geplante Sanierung des Bahnhofs in Langenwang (BMVIT) - beantwortet durch (2872/AB-BR/2015 3096/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 30.12.2015 (2872/AB-BR/2015)
- 30.12.2015 J-BR Lärmschutzmaßnahmen entlang der Südbahnstrecke (BMVIT) - beantwortet durch (2871/AB-BR/2015 3095/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 30.12.2015 (2871/AB-BR/2015)
- 29.12.2015 J-BR Unterbringung von Flüchtlingen im Schwarzl-Freizeitzentrum (BMI) - beantwortet durch (2867/AB-BR/2015 3098/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 29.12.2015 (2867/AB-BR/2015)

29.12.2015 J-BR Unterbringung von Flüchtlingen in der ehemaligen Baumax-Filiale (BMI) - beantwortet durch (2868/AB-BR/2015 3097/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 29.12.2015 (2868/AB-BR/2015)

29.12.2015 J-BR Unterbringung von Flüchtlingen in der Bellaflora-Halle (BMI) - beantwortet durch (2870/AB-BR/2015 3094/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 29.12.2015 (2870/AB-BR/2015)

29.12.2015 J-BR Personalsituation im Exekutivdienst (BMI) - beantwortet durch (2869/AB-BR/2015 3093/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 29.12.2015 (2869/AB-BR/2015)

29.12.2015 J-BR betriebliches Eingliederungsmanagement (BMG) - beantwortet durch (2866/AB-BR/2015 3092/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 29.12.2015 (2866/AB-BR/2015)

23.12.2015 J-BR Polizeieinsätze im Raum Klieberpark (BMI) - beantwortet durch (2865/AB-BR/2015 3090/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 23.12.2015 (2865/AB-BR/2015)

27.11.2015 J-BR Vernichtung von Lebensmitteln (BMI) - beantwortet durch (2864/AB-BR/2015 3089/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 27.11.2015 (2864/AB-BR/2015)

27.11.2015 J-BR Asylantenquartier "Haus Semmering" (BMI) - beantwortet durch (2863/AB-BR/2015 3088/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 27.11.2015 (2863/AB-BR/2015)

29.10.2015 J-BR "Österreich schafft sich ab" (BKA) - Dringliche Anfrage 3091/J-BR/2015 Aufruf der dringlichen Anfrage

06.10.2015 J-BR betriebliches Eingliederungsmanagement (BMASK) - beantwortet durch (2862/AB-BR/2015 3087/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 06.10.2015 (2862/AB-BR/2015)

23.09.2015 J-BR Anerkennung Eingetragener Partner/innenschaften (BMJ) - beantwortet durch (2861/AB-BR/2015 3086/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 23.09.2015 (2861/AB-BR/2015)

22.09.2015 J-BR Anerkennung Eingetragener Partner/innenschaften (BMI) - beantwortet durch (2860/AB-BR/2015 3085/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 22.09.2015 (2860/AB-BR/2015)

15.09.2015 J-BR Verfahren gegen Kurt Gartlehner (BMJ) - beantwortet durch (2859/AB-BR/2015 3084/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 15.09.2015 (2859/AB-BR/2015)

14.09.2015 J-BR Dienststellenstrukturanpassung (BMI) - beantwortet durch (2858/AB-BR/2015 3083/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 14.09.2015 (2858/AB-BR/2015)

03.08.2015 J-BR Änderung der 1. Tierhaltungsverordnung (BMG) - beantwortet durch (2856/AB-BR/2015 3080/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 03.08.2015 (2856/AB-BR/2015)

03.08.2015 J-BR ärztliche Versorgung Justizanstalt Leoben (BMJ) - beantwortet durch (2855/AB-BR/2015 3079/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 03.08.2015 (2855/AB-BR/2015)

03.08.2015 J-BR Sparmaßnahmen beim Bundesheer in Tirol und Vorarlberg (BMLVS) - beantwortet durch (2857/AB-BR/2015 3078/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 03.08.2015 (2857/AB-BR/2015)

22.07.2015 J-BR Änderung der 1. Tierhaltungsverordnung (BMLFU) - beantwortet durch (2854/AB-BR/2015 3081/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 22.07.2015 (2854/AB-BR/2015)

17.07.2015 J-BR Dienstfahrzeuge der Exekutive (BMI) - beantwortet durch (2853/AB-BR/2015 3077/J-BR/2015 Schriftliche Beantwortung am 17.07.2015 (2853/AB-BR/2015)

7. TÄTIGKEITSBERICHTE**2. Halbjahr 2015**

	Anzahl
<i>Sitzungen</i>	7
<i>Gemeinsame Sitzungen NR/BR</i>	-
<i>Bundesversammlung</i>	-
<i>In Verhandlung genommen:</i>	
<i>Gesetzesbeschlüsse</i>	77
<i>Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG</i>	2
<i>Zustimmung nach Art. 30a B-VG</i>	-
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>davon Einsprüche</i>	-
<i>davon 8-Wochen-Fristablauf</i>	-
<i>Ablehnung im Ausschuss</i>	-
<i>Vertagung im Ausschuss</i>	-
<i>Absetzung im Ausschuss</i>	-
<i>Ablehnung im Plenum</i>	-
<i>Übergang zur Tagesordnung</i>	-
<i>Stimmengleichheit</i>	-
<i>Staatsverträge</i>	23
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG</i>	8
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs.4 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG</i>	2
<i>davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen</i>	2
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder</i>	13
<i>Berichte der Volksanwaltschaft</i>	1
<i>Eingebracht:</i>	
<i>Schriftliche Anfragen</i>	26
<i>davon Dringliche Anfragen</i>	2
<i>Besprechungen von Anfragebeantwortungen</i>	-
<i>Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung</i>	-
<i>Gesetzesanträge</i>	1
<i>davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG</i>	1
<i>Selbständige Entschließungsanträge</i>	2
<i>Unselbständige Entschließungsanträge</i>	13
<i>davon angenommen</i>	3

Anträge, Einspruch zu erheben	4
davon angenommen	-

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptmännern	1
Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung	-
Fragestunden	-
Aktuelle Stunden (davon 1 „Aktuelle Europastunde“)	6
Durchführung einer Enquete	1

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

(3.12.2015 Neukonstituierung aller Ausschüsse)

EU-Ausschuss	7
Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG	-
Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG	4
Ausschussfeststellungen	-
Aktuelle Aussprache	-

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	4
Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten	3
Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen	2
Ausschuss für Familie und Jugend	2
Finanzausschuss	5
Geschäftsordnungsausschuss	1
Gesundheitsausschuss	3
Gleichbehandlungsausschuss	1
Ausschuss für innere Angelegenheiten	4
Justizausschuss	4
Landesverteidigungsausschuss	2
Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	3
Ausschuss für Sportangelegenheiten	1
Umweltausschuss	4
Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur	3
Unvereinbarkeitsausschuss	3
Ausschuss für Verfassung und Föderalismus	5
Ausschuss für Verkehr, Innovation und Technologie	2
Wirtschaftsausschuss	4
Ausschuss für Wissenschaft und Forschung	3

Neue Ausschüsse (seit 3.12.2015):

Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft	2
Kinderrechteausschuss	1
Verkehrsausschuss	1

Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948	-
---	---

TÄTIGKEITEN DES BUNDESRATES

1. Halbjahr 2016

	Anzahl
<i>Sitzungen</i>	6
<i>Gemeinsame Sitzungen NR/BR</i>	-
<i>Bundesversammlung</i>	-
<i>In Verhandlung genommen:</i>	
<i>Gesetzesbeschlüsse</i>	45
<i>Zustimmungen nach Art. 44 Abs. 2 B-VG</i>	1
<i>Zustimmung nach Art. 30a B-VG</i>	-
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>davon Einsprüche</i>	-
<i>davon 8-Wochen-Fristablauf</i>	-
<i>Ablehnung im Ausschuss</i>	-
<i>Vertagung im Ausschuss</i>	-
<i>Absetzung im Ausschuss</i>	-
<i>Ablehnung im Plenum</i>	-
<i>Übergang zur Tagesordnung</i>	-
<i>Stimmengleichheit</i>	-
<i>Staatsverträge</i>	5
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 2 Z. 2 B-VG</i>	3
<i>davon Zustimmungen nach Art. 50 Abs. 1 Z. 2 iVm Art. 50 Abs.4 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 3 B-VG</i>	-
<i>davon Fälle von Art. 50 Abs. 2 Z. 4 B-VG</i>	-
<i>davon Art. 15a B-VG-Vereinbarungen</i>	-
<i>sonstige Zustimmungen</i>	-
<i>Berichte der Bundesregierung und ihrer Mitglieder</i>	22
<i>Berichte der Volksanwaltschaft</i>	-
<i>Eingebracht:</i>	
<i>Schriftliche Anfragen</i>	55
<i>davon Dringliche Anfragen</i>	5
<i>Besprechungen von Anfragebeantwortungen</i>	-
<i>Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung</i>	-
<i>Gesetzesanträge</i>	-
<i>davon Anträge eines Drittels der Mitglieder des Bundesrates gem. Art. 41 Abs. 1 B-VG</i>	-
<i>Selbständige Entschließungsanträge</i>	2
<i>Unselbständige Entschließungsanträge</i>	8
<i>davon angenommen</i>	-
<i>Anträge, Einspruch zu erheben</i>	2

davon angenommen -

Sonstiges:

Erklärungen von Landeshauptmännern 1

Erklärungen von Mitgliedern der Bundesregierung 3

Fragestunden 1

Aktuelle Stunden 5

Durchführung einer Enquete -

Sitzungen der Ausschüsse des Bundesrates:

EU-Ausschuss 7

Begründete Stellungnahmen gemäß Art. 23g Abs. 1 B-VG 2

Stellungnahme gemäß Art. 23e B-VG 1

Mitteilungen gemäß Art. 23f Abs. 4 B-VG 5

Ausschussfeststellungen -

Aktuelle Aussprache 1

Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz 4

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten 2

Ausschuss für BürgerInnenrechte und Petitionen 1

Ausschuss für Familie und Jugend 1

Finanzausschuss 2

Geschäftsordnungsausschuss -

Gesundheitsausschuss 2

Gleichbehandlungsausschuss 1

Ausschuss für innere Angelegenheiten 2

Ausschuss für Innovation, Technologie und Zukunft -

Justizausschuss 4

Kinderrechteausschuss -

Landesverteidigungsausschuss -

Ausschuss für Land-, Forst- und Wasserwirtschaft 2

Ausschuss für Sportangelegenheiten 1

Umweltausschuss -

Ausschuss für Unterricht, Kunst und Kultur 3

Unvereinbarkeitsausschuss 1

Ausschuss für Verfassung und Föderalismus 2

Ausschuss für Verkehr 1

Wirtschaftsausschuss 3

Ausschuss für Wissenschaft und Forschung 2

Ständiger gemeinsamer Ausschuss iSd § 9 F-VG 1948 -

8. BUNDESRATSENQUETEN

18.11.2015

BR-Enquete zum Digitalen Wandel: ExpertInnen sehen Politik gefordert

Österreich müsse verstärkt Anstrengungen unternehmen, um talentierte und kreative Jugendliche aus dem Ausland an die heimischen Universitäten und Forschungsstätten zu locken. Außerdem sei es notwendig, die Geschwindigkeit politischer Entscheidungen deutlich zu erhöhen, für einen klaren und fairen rechtlichen Rahmen zu sorgen und Innovation stärker zu fördern. Diese Forderungen richteten WissenschaftlerInnen und WirtschaftsexpertInnen heute bei der parlamentarischen Enquete des Bundesrats zum Thema "Digitaler Wandel" an die Politik. Österreich sei in der Welt als IT-Produzent so gut wie unbekannt, gab etwa IT-Spezialist Bruno Buchberger zu bedenken. Das liege nicht zuletzt daran, dass es keine vibrierenden IT-Zentren gebe. Auch in etlichen anderen Bereichen hinke man internationalen Entwicklungen nach, so die Einschätzung der ReferentInnen. Ausdrückliches Lob für die Politik gab es im ersten der beiden Diskussionspanels, bei dem es unter anderem um Wirtschaft, Innovation, Märkte und IT-Sicherheit ging, nur wenig.

Herlitschka: Gutes Teamplay zwischen Wirtschaft und Politik notwendig

Sabine Herlitschka, Vorstandsvorsitzende des Halbleiterkonzerns Infineon Austria, nannte die Digitalisierung eine der größten Chancen für die Wirtschaft, die es je gegeben hat, da diese primär auf Wissen und Know-how beruhe. Die Herausforderung ist für sie, Innovation zu schaffen und diese gleichzeitig leistbar zu machen. Herlitschka veranschaulichte das an der Entwicklung des Smartphones. Das erste iPhone sei vor weniger als 10 Jahren auf den Markt gekommen, mittlerweile könne man mit Smartphones alles erdenklich Mögliche machen. Und es koste, großzügig gerechnet, nur 650 Dollar, während man für ein Produkt mit gleichen Eigenschaften im Jahr 1975 65 Mrd. Dollar gezahlt hätte, und damit doppelt so viel wie für die erste Apollo-Mission.

Als aktuelles Beispiel für Innovation zeigte Herlitschka den Enquete-TeilnehmerInnen eine kleine Karte mit kaum sichtbarem Chip, der den Energieverbrauch in Rechenzentren dramatisch reduziert. Infineon produziere auch Sicherheitschips für Pässe und Bankomatkarten und sei heute das forschungsintensivste Unternehmen Österreichs, unterstrich sie.

Fünf Bereiche hob Herlitschka als besonders wichtig für die Wirtschaft hervor: die digitale Infrastruktur, also etwa flächendeckendes Breitband, die IT-Sicherheit, einheitliche Normen und Standards, moderne arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen sowie Forschung und Bildung. Niemand werde etwa ein digital fahrendes Auto verwenden, wenn er fürchten müsse, dass sich jemand während der Fahrt einhacke, sagte sie. Herlitschka geht davon aus, dass es in Zukunft eine digitale Identität, etwa in Form einer digitalen Identitätskarte, geben wird. Insgesamt hält sie ein gutes Teamplay zwischen Wirtschaft und Politik für notwendig.

Buchberger: Mehr junge Leute aus dem Ausland nach Österreich locken

Für Bruno Buchberger, Spezialist für Computer-Mathematik und Professor an der Universität Linz, ist es, wie er sagte, alarmierend, dass Österreich als IT-Produzent, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, de facto nicht existiere. Auch im Bereich der Anwendung hinkt Österreich international nach, wirklich problematisch sei aber die Bedeutungslosigkeit in der IT-Produktion, und das trotz einiger Spitzenleistungen in der Forschung.

Um mehr junge Leute aus dem Ausland, etwa Indien oder Ägypten, nach Österreich zu locken, schlug Buchberger drei konkrete Maßnahmen vor: Eine Öffnung der österreichischen Bildungseinrichtungen durch ein vermehrtes Ausbildungsangebot in Englisch, die Schaffung vibrierender Zentren für technologieaffine junge Menschen und die aktive Bewerbung Österreichs im Ausland als digitales Innovationsland. Buchberger ist überzeugt, dass dafür Geld durch Umschichtungen aufzutreiben ist. Er kann sich außerdem vorstellen, von der Masse der Bachelor-Studierenden Studienbeiträge einzuheben, um für höhere Studienniveaus mehr Geld für Stipendien zu haben.

Leopold: Know-how ist in Österreich vorhanden

Helmut Leopold, Leiter der Abteilung Digitale Sicherheit am Austrian Institute of Technology (AIT), hält ein integriertes Zusammenspiel zwischen Wissenschaft, öffentlicher Hand, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für notwendig, um digitale Innovation zu fördern. Das Know-how auf Ebene der Wissenschaft sei vorhanden, es brauche aber intensivere Kooperationen. Viele IT-Innovationen der Vergangenheit seien in europäischen Forschungszentren und Universitäten entwickelt worden. Leopold mahnte außerdem neue Innovationsmechanismen ein. Anders als in der Vergangenheit, habe die Gesellschaft heute nicht mehr mehrere Generationen Zeit, um sich auf neue Innovationen einzustellen.

Kovar: Digitaler Wandel benötigt "Hochgeschwindigkeitspolitik"

Auf die enorme Dynamik des digitalen Wandels machte auch Andreas Kovar, Koordinator des von Bundesratspräsident Gottfried Kneifel initiierten Projekts "Digitaler Wandel", aufmerksam. Beim digitalen Wandel handle es sich nicht nur um eine technologische Frage, vielmehr wirke sich dieser, wie die industrielle Revolution, massiv auf die gesamte Gesellschaft aus. Es gehe nicht um einen "Hype", der irgendwann wieder verschwinden werde, bekräftigte er.

Was die Rolle der Politik betrifft, betonte Kovar, dass eine Fokussierung auf Start-ups und Telekommunikation zu wenig sei. Der digitale Wandel spiele in viele Handlungsfelder hinein, angefangen vom Datenschutz über die Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik bis hin zum Konsumentenschutz. Besondere Bedeutung hat seiner Einschätzung nach außerdem die Bildungspolitik. "Wir müssen in Wissen investieren." Unter dem Stichwort "Hochgeschwindigkeitspolitik" mahnte Kovar eine beschleunigte Gesetzgebung in Verbindung mit wissensbasierter Faktenpolitik ein.

Gratzer: Österreich braucht E-Tourismus-Strategie

Raschere politische Entscheidungen forderte auch Markus Gratzer, Generalsekretär der Österreichischen Hotelierversammlung, ein. "Der Gesetzgeber ist zu langsam", stellte er

kritisch fest. Um den österreichischen Tourismus zu unterstützen, regte der Experte an, im Rahmen einer nationalen Tourismusstrategie auch eine E-Tourismus-Strategie zu entwickeln. Man müsse Werbung mit Vertrieb verknüpfen und dürfe Buchungsplattformen nicht internationalen Playern überlassen, mahnte er. Zumal Österreich in diesem Bereich früher durchaus federführend gewesen sei. Gratzler zufolge hat sich das Buchungsvolumen über Buchungsplattformen in den letzten Jahren von 5% auf 24% erhöht, damit sei auch die Abhängigkeit vor allem kleinerer Betriebe von international tätigen Anbietern gestiegen.

Ebert und Panreck: Zeitgemäßer Rechtsrahmen notwendig

Andreas Ebert, Regionalmanager des Softwarekonzerns Microsoft, verwies auf ein gewisses Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Wirtschaft im Bereich der digitalen Entwicklung. Für die Gesellschaft sei es vorrangig, möglichst ungehindert und rasch zu Informationen und Daten zu kommen und diese auszutauschen und zu teilen. Für die Wirtschaft sei eine nachhaltige Wertschöpfungskette essentiell. Investitionen müssten sich rechnen und verdient werden. Ebert hält in diesem Sinn einen lebhaften und international koordinierten Rechtsrahmen für erforderlich, der auch das Vertrauen in digitale Technologie stärkt. Für ihn ist die virtuelle Währung Bitcoin etwa ein Beispiel dafür, wie abseits traditioneller Institutionen eine Vertrauensketten aufgebaut werden kann. Nicht schlüssig ist es für Ebert, dass es immer mehr Länder gibt, die auf der einen Seite Daten im Land halten und selbst kontrollieren wollen, während sie gleichzeitig ihren Strafverfolgungsbehörden das Recht einräumen, Daten in aller Welt zu sammeln.

Digitalisierung brauche zeitgemäße gesetzliche Rahmenbedingungen, ist auch Volker Panreck, Chef der österreichischen Niederlassung der Direktbank ING-DiBa, überzeugt. So hält er etwa Anpassungen in seiner Meinung nach viel zu starren und unflexiblen österreichischen Arbeitsrecht für notwendig, und nannte als Beispiel Arbeitszeitregelungen, Arbeitszeitaufzeichnungen und Flächendefinitionen für Arbeitsräume. Die Digitalisierung führe zu einem stark veränderten Kundenverhalten, darauf müsse man als Unternehmen mit veränderten Arbeitsmethoden, einem "new way of working", reagieren. Für Panreck ist es außerdem wesentlich, dass branchenfremde Anbieter, die die gleichen Dienstleistungen wie Banken anbieten, den gleichen Regeln unterliegen wie Banken, etwa was das Sicherheits- und Datenschutzniveau betrifft.

Bodenstein: Mehr Technologiewissen vermitteln

Der digitale Wandel sei nicht neu, neu sei aber die Wucht und Geschwindigkeit, mit der er heute komme, sagte Robert Bodenstein, Obmann der Bundessparte Information und Consulting der österreichischen Wirtschaftskammer. Österreich müsse sich stärker am internationalen Vergleich messen und aus seiner Verteidigungsposition herauskommen, betonte er. Als Beispiele für aktuelle Handlungsfelder nannte er einen beschleunigten Breitbandausbau, bessere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen und die Verankerung von Technologiewissen als zentrales Bildungsziel, auch außerhalb von Schulen. Gefordert ist nach Meinung von Bodenstein außerdem die EU, so könne ein österreichischer Notar etwa nicht auf das deutsche Firmenbuch zugreifen.

Digitale Kompetenz als neue Kulturtechnik

In der Diskussion hob der niederösterreichische Landtagsabgeordnete Lukas Mandl (V) die Bedeutung von Transparenz in der Politik hervor. Diese sei eine wesentliche Grundlage für Vertrauen und Partizipation. Europaabgeordnete Barbara Kappel (F) machte geltend, dass die digitale Wirtschaft der Treiber von Wachstum und Beschäftigung in Europa sei, und wies etwa auf den wachsenden Bereich "Big Data" hin. ÖVP-Behindertensprecher Franz-Josef Huainigg hob den hohen Mehrwert von behinderten Menschen durch digitale Innovation hervor und appellierte an die Wirtschaft, bei Innovationen auch an diesen Anwendungsbereich zu denken. Christian Rupp von der Plattform Digitales Österreich im Bundeskanzleramt verwies auf die Vorbildfunktion Österreichs im Bereich der digitalen Verwaltung.

Marco Schreuder, Bundesrat der Grünen, maß der Frage der Netzneutralität hohe Bedeutung für Innovationen bei. Wenn man Überholspuren im Internet zulasse, nutze das vor allem etablierten Konzernen und mache es Start-ups sehr schwer, gegen diese anzukommen. Für ihn ist der digitale Wandel außerdem auch eine soziale Frage. Um einen gleichberechtigten Zugang zu modernen Technologien und Informationen zu fördern, kann er sich einen kostenlosen Internetzugang für sozial schwache Haushalte vorstellen. Für eine leistungsfähige Infrastruktur in sämtlichen Regionen Österreichs machte sich Nicolaus Drimmel, Generalsekretär des österreichischen Gemeindebundes stark.

ÖVP-Abgeordnete Eva-Maria Himmelbauer machte geltend, dass die Politik den digitalen Wandel nicht stoppen könne. Sie müsse aber für einen rechtlichen Rahmen sorgen und Werte etablieren. Überdies ist es ihrer Meinung nach notwendig, digitale Kompetenz – neben Lesen, Rechnen und Schreiben – als vierte Kulturtechnik zu etablieren und in diesem Sinn auch verpflichtend in die Lehrerausbildung zu integrieren. Landtagsabgeordneter Walter Naderer aus Niederösterreich gab zu bedenken, dass eine digitale Identität bzw. eine digitale Verwaltung nichts nutze, wenn sie zu kompliziert und damit nicht massentauglich und anwendbar sei.

Basis für die Diskussion bildete das Grünbuch "Digitaler Wandel", in dem unter anderem gesetzliche Rahmenbedingungen für fahrerlose Autos, eine umfassende Reform des Urheberrechts, geeignete steuerliche Rahmenbedingungen für Start-Ups sowie Maßnahmen gegen Wettbewerbsverzerrung und Steuerflucht im Online-Bereich gefordert werden. In einem zweiten Diskussionspanel ging es um die Bereiche Gesellschaft, Bildung, Wissenschaft und Arbeit. (Fortsetzung Enquete des Bundesrats)

9. INTERESSENSVERTRETUNG IN WIEN

Anträge (und Berichte) im Salzburger Landtag 2014 und 2015 mit Bezug an die Bundesregierung, deren inhaltliche Intention, Fragestellung oder Aufforderung durch den Salzburger Landtag seitens der Bundesratsmitglieder im persönlichen Gespräch mit Mitgliedern der Bundesregierung, Mandataren des Nationalrates und anderer Bundesratskollegen vor Ort im österreichischen Parlament und bei Enqueten, Tagungen, Empfängen und gesellschaftlichen Anlässen erörtert wurden:

10. Anträge

08.06.2016 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder, Steiner BA MA und Wiedermann betreffend Unterstützung der Salzburger Landwirtschaft BlgNr: 384

08.06.2016 Antrag der Abg. Fuchs, Mag. Sieberth und Scheinast betreffend ein Gesamtkonzept zur Reduktion von Lebensmittelabfällen BlgNr: 381

08.06.2016 Antrag der Abg. Fuchs und Hofbauer betreffend die Mikroplastik-Belastung in Salzburg BlgNr: 379

08.06.2016 Antrag der Abg. Jöbstl und Bartel betreffend österreichweit einheitliche Rahmenbedingungen für die Zentralmatura BlgNr: 375

08.06.2016 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutschi und HR Dr. Schöchgl betreffend Ablehnung der Eintragung von personenbezogenen Leistungsmitteln als Voraussetzung für die Spendenabsetzbarkeit BlgNr: 374

08.06.2016 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl, Ing. Sampl und Jöbstl betreffend die Einführung eines österreichweiten Schüler- und Studententickets für die Nutzung Öffentlicher Verkehrsmittel BlgNr: 373

08.06.2016 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Jöbstl und Hofbauer betreffend die Verankerung eines gesetzlich geregelten Schülerinnen- und Schülerparlaments auf Landes- und Bundesebene BlgNr: 371

27.04.2016 Antrag der Abg. Fuchs und Scheinast betreffend eine Dekarbonisierungsstrategie für Österreich BlgNr: 329

27.04.2016 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Klubobfrau Mag. Gutschi und Bartel betreffend Bemessung des Wochengeldes BlgNr: 324

27.04.2016 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Klubobfrau Mag. Gutschi und Bartel betreffend eine Rezeptgebührenbefreiung für „freiwillig“ Krankenversicherte
BlgNr: 323

16.03.2016 Antrag der Abg. DI Lindner und Scheinast betreffend die Wiedereinführung des Berufs des Fahrradmechanikers/der Fahrradmechanikerin BlgNr: 277

16.03.2016 Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc betreffend „Politische Bildung“ BlgNr: 272

16.03.2016 Antrag der Abg. Mag. Mayer und Mag. Scharfetter betreffend die Befreiung von Steuerabgaben für Grundstückstransaktionen von gemeinnützigen landeseigenen Immobiliengesellschaften BlgNr: 271

16.03.2016 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl und Fürhapter betreffend eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verwendung von Laserpointern BlgNr: 269

Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl und Fürhapter (Nr. 269 der Beilagen) betreffend eine Verschärfung der gesetzlichen Regelung hinsichtlich der Verwendung von Laserpointern BlgNr: 308

16.03.2016 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl, Neuhofer und Ing. Sampl betreffend eine Änderung der Recycling-Baustoffverordnung BlgNr: 268

16.03.2016 Antrag der Abg. HR Dr. Schöchgl, Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg BlgNr: 267

Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, Verkehr und Wohnen zum Antrag der Abg. HR Dr. Schöchel, Mag. Mayer und Ing. Schnitzhofer (Nr. 267 der Beilagen) betreffend das Vorgehen gegen weitere Schließungen von Postämtern in Salzburg BlgNr: 302

03.02.2016 Antrag der Abg. Konrad MBA und Fürhapter betreffend die Gebührenbefreiung im Wohnbauförderungsgesetz BlgNr: 229

03.02.2016 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser betreffend die familienhafte Mitarbeit in Familienbetrieben BlgNr: 217

Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Lebensgrundlagen zum Antrag der Abg. Mag. Scharfetter und Obermoser (Nr. 217 der Beilagen) betreffend die familienhafte Mitarbeit in Familienbetrieben BlgNr: 240

16.12.2015 Antrag der Abg. Fuchs und Mag. Sieberth betreffend Plastikverpackungen BlgNr: 172

Bericht des Ausschusses für Raumordnung, Umwelt- und Naturschutz zum Antrag der Abg. Fuchs und Mag. Sieberth (Nr. 172 der Beilagen) betreffend Plastikverpackungen BlgNr: 198

16.12.2015 Antrag der Abg. Scheinast und DI Lindner betreffend den Einfluss der geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA auf die Landesgesetzgebung BlgNr: 171

16.12.2015 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutschel und Mag. Mayer betreffend die gemeinsame Sicherung der Schengen-Außengrenze in Slowenien BlgNr: 168

16.12.2015 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf und Klubobfrau Mag. Gutschel betreffend die Zweckwidmung von Geldern des European Development Fund für die humanitäre Betreuung von Flüchtlingen in Ländern des Nahen Ostens BlgNr: 167

16.12.2015 Antrag der Abg. Mag. Scharfetter, Bartel und Obermoser betreffend die finanziellen Auswirkungen der Registrierkassenpflicht für Unternehmer BlgNr: 164

04.11.2015 Antrag der Abg. Mag. Dr. Humer-Vogl und Hofbauer betreffend die regulierte Freigabe von Cannabis für medizinische Zwecke BlgNr: 118

04.11.2015 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, Mag. Mayer und Jöbstl betreffend das Modell der Doppelresidenz in Österreich BlgNr: 115

07.10.2015 Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl betreffend Landeslehrerpensionen BlgNr: 074

Bericht des Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschusses zum Antrag der Abg. Mag. Schmidlechner und Klubvorsitzenden Steidl (Nr. 74 der Beilagen) betreffend Landeslehrerpensionen BlgNr: 141

07.10.2015 Antrag der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Klubvorsitzenden Steidl betreffend eine einheitliche Koordinationsstelle in EU-Angelegenheiten BlgNr: 071

07.10.2015 Antrag der Abg. Obermoser, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer betreffend die finanzielle Behandlung von Räumungsaufgaben bei Wildbachsperrungen BlgNr: 067

Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Obermoser, Ing. Schnitzhofer und Neuhofer (Nr. 67 der Beilagen) betreffend die finanzielle Behandlung von Räumungsaufgaben bei Wildbachsperrungen BlgNr: 148

08.07.2015 Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann betreffend den Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg BlgNr: 1098

Bericht des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Klubobmann Dr. Schnell, Essl, Rothenwänder und Wiedermann (Nr. 1098 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend den Wohnungsleerstand in der Stadt Salzburg BlgNr: 015

08.07.2015 Antrag der Abg. Klubobfrau Mag. Gutsch, Mag. Scharfetter und Mag. Mayer betreffend eine Änderung des Mietrechtsgesetzes BlgNr: 1096

08.07.2015 Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Klubobfrau Mag. Gutschi und Mag. Scharfetter betreffend eine Änderung der Gewerbeordnung BlgNr: 1095










Referenzdokument vom 07.10.2015

Bericht des Ausschusses für Europa, Integration und regionale Außenpolitik zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr. Pallauf, Klubobfrau Mag. Gutschi und Mag. Scharfetter (Nr. 1095 der Beilagen d.3.S.d.15.GP) betreffend eine Änderung der Gewerbeordnung
BlgNr: 008

11. Mandatsstand 2015 - 2016

Im Berichtsjahr fanden in der Steiermark und im Burgenland Landtagswahlen statt. Die Mitglieder des Bundesrates änderten sich in den Bundesländern. Oberösterreich verlor auf Grund der Volkszählung und der damit verbundenen Neubewertung des Bundesrates ein Mandat. Der Bundesrat besteht deshalb derzeit aus 61 Abgeordneten

Aktuelle Zusammensetzung nach Bundesländer

	Gesamt	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	Ohne Fraktion
 Burgenland	3	1	2	–	–	–
 Kärnten	4	1	2	1	–	–
 Niederösterreich	12	7	3	1	–	1 ⁽¹⁾
 Oberösterreich	10	5	3	1	1	–
 Salzburg	4	1	1	–	1	1 ⁽²⁾
 Steiermark	9	3	3	3	–	–
 Tirol	5	3	1	–	1	–
 Vorarlberg	3	2	–	1	–	–
 Wien	11	0	6	4	1	–
Zusammen	61	23	21	11	4	2

Der Bundesrat setzt sich gegenwärtig aus folgenden Gruppierungen zusammen:

Parteien	Gesamt	ÖVP	SPÖ	FPÖ	Grüne	TS	parteilos	Regierung	Opposition
Sitze	61	23	21	11	4	1	1	47	14

Den Grünen wurde mit Präsidiumsbeschluss der Fraktionsstatus zuerkannt, obwohl dafür eigentlich fünf Mandate notwendig wären!

12. Bundesratspräsident Saller lud zum ersten Seniorenparlament

Wien, 25.05.2016 Fraktionen bilden, gemeinsam eine Ausschusssitzung gestalten und mit eigenen Wortmeldungen an der Diskussion im Plenum teilnehmen: Dazu sind am Mittwoch, dem 25. Mai 2016 um 10.00 Uhr erstmals Seniorinnen und Senioren für eine simulierte Bundesratssitzung im Parlament eingeladen. Das Thema, über das beraten werden soll, ist "Anhebung des Pensionsalters", das Plenum ist um etwa 13.00 Uhr geplant.

Auf Initiative von Bundesratspräsident Josef Saller, der das Thema "Lebenslanges Lernen" in den Fokus der Salzburger Vorsitzführung stellt, erproben sich Interessierte in der nachberuflichen Lebensphase erstmals selbst in der parlamentarischen Arbeit vor Ort. Das Seniorenparlament soll dann zu einem fixen und regelmäßigen Bestandteil der politischen Arbeit werden. Saller setzt damit einen neuen Akzent im Bundesrat in der politischen Bildung und für den Einblick in parlamentarische Prozesse für Seniorinnen und Senioren. Ähnliche Formate für partizipative Aktivitäten im Parlament gibt es bereits für SchülerInnen und Lehrlinge. Bildung bereichert und kennt keine Altersgrenzen, so Saller - die parlamentarische Bewusstseinsbildung und den demokratischen Prozess selbst aktiv kennenzulernen sieht er im Zusammenhang mit Politikverständnis als einen Teil von Lebensqualität. Die teilnehmenden Seniorinnen und Senioren werden nach der Begrüßung durch Bundesratspräsident Saller die Abläufe im Gesetzgebungsprozess auf Seiten des Bundesrats kennenlernen, indem sie ihre Sitzungen und Stellungnahmen im Rahmen des Seniorenparlaments gestalten, diskutieren und abstimmen.

Wien (PK) - "Wir feiern heute eine Premiere", sagte Bundesratspräsident Josef Saller bei der Begrüßung von SeniorInnen aus allen Bundesländern, die sich heute Vormittag zum ersten "Seniorenparlament" Österreichs im Sitzungssaal des Bundesrates versammelten. Die SeniorInnen behandeln einen – fiktiven – "Gesetzesbeschluss" des Nationalrates zur Anhebung des Regelpensionsalters auf 66 Jahre als "BundesrätInnen" nach allen Regeln parlamentarischer Diskussionskultur. Sie wenden dabei mit Hilfe von KollegInnen des Bundesrats und erfahrener ParlamentsjuristInnen mit Bundesratsdirektorin Susanne Bachmann an der Spitze die Geschäftsordnung des Bundesrates sinngemäß an. Nach dem bewährten Vorbild des Jugendparlaments und des Lehrlingsparlaments beraten auch die SeniorInnen in simulierten Ausschüssen und - ab 13 Uhr - im "Plenum", das im Sitzungssaal des Bundesrates stattfindet.

Saller: Alle Generationen sollen am politischen Diskurs teilnehmen ...

Im Sinne einer lebendigen Demokratie begrüßte Bundesratspräsident Saller den Wunsch aller Generationen, an der politischen Willensbildung teilzunehmen und verband dieses

Anliegen mit dem inhaltlichen Schwerpunkt seiner Präsidentschaft im Bundesrat, nämlich mit dem Thema "Lebenslanges Lernen".

... und die Chancen lebenslangen Lernens nutzen

"Wir müssen die Leistungskraft und Lebenserfahrung der älteren Generationen mobilisieren und die Digitalisierung nutzen, um Generationen zu verbinden und Bildung allgegenwärtig zu machen", führte Saller aus. Der Bundesratspräsident – von Beruf Pädagoge – unterstrich, wie unverzichtbar Bildung für ältere ArbeitnehmerInnen und für die Vorbereitung auf das nachberufliche Leben, eine sinnerfüllte Pension und für eine selbständige Lebensführung im hohen Alter ist. "Angesichts der Aussicht auf ein langes, gesundes und erfülltes Leben müssen wir unser Bild vom Alter und von starren Altersgrenzen überdenken und müssen das Grundrecht auf Bildung, die berufliche Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen zu einem zentralen Anliegen unserer Gesellschaft machen", sagte Saller.

In der politischen Bewusstseinsbildung, im Erwerb von Kenntnissen des politischen Systems, der parlamentarischen Arbeit und der Gesetzgebung sah Saller eine Chance für ältere Menschen, ihre Erfahrungen und ihr Fachwissen bestmöglich in die politische Debatte einzubringen. Heute im Seniorenparlament geht es in der nachgestellten Parlamentsdebatte fiktiv um die Anhebung des Pensionsantrittsalters um ein Jahr, sagte Josef Saller.

Seniorenparlament soll Fixpunkt im Arbeitsjahr des Parlaments werden

Den Auftakt des Seniorenparlaments nutzte Bundesratspräsident Josef Saller zur Information der SeniorInnen über die Arbeit des Bundesrates. Die Mitglieder der zweiten Kammer des Österreichischen Parlaments, die von den Landtagen entsandt werden, vertreten die Länder in der Gesetzgebung des Bundes. Der Bundesrat versteht sich als Länderkammer zunehmend auch als Bindeglied zwischen Europa und den Regionen in Österreich und zählt bei der Prüfung europäischer Gesetzesinitiativen zu den aktivsten parlamentarischen Kammern der Europäischen Union, berichtete Bundesratspräsident Josef Saller den Mitgliedern des Seniorenparlaments nicht ohne Stolz.

Schließlich wünschte Bundesratspräsident Josef Saller den TeilnehmerInnen des Seniorenparlaments viel Erfolg für ihre Arbeit und sicherte ihnen zu, das Seniorenparlament zu einem Fixpunkt im Arbeitskalender des Österreichischen Parlaments zu machen.

Wien (PK) – Vollen parlamentarischen Arbeitseinsatz leisteten die SeniorInnen, die sich heute in Fraktionsberatungen, in einem fiktiven Ausschuss und in einer dem Bundesrat nachgebildeten Plenardebatte als Seniorenparlament dem Konfliktthema "Anhebung des Pensionantrittsalters" widmeten (siehe Parlamentskorrespondenz Nr. [563](#) vom 25.5.2016). Die SeniorInnen aus ganz Österreich diskutierten – wie in der Länderkammer vorgesehen – einen (fiktiven) "Gesetzesbeschluss des Nationalrates", der auf eine Anhebung des Regelpensionsalters von derzeit 65 Jahren auf 66 Jahre abzielt, waren damit aber nicht einverstanden und kamen überein, das Thema Pensionsreform künftig gemeinsam mit dem Jugendparlament debattieren zu wollen.

SeniorInnen gegen Husch-Pfusch bei Pensionen

Gegen die vom Nationalrat – fiktiv – vorgeschlagene Vorgangsweise erhoben die Mitglieder des Seniorenparlaments einhellig Einspruch und schickten den Gesetzesbeschluss zur inhaltlichen "Verbesserung" an die erste Kammer des Hohen Hauses zurück. Die SeniorInnen waren sich darin einig, dass man bei der notwendigen Reform des Pensionssystems umfassend und mit Begleitgesetzen vorzugehen habe. Alle Details und Konsequenzen einer Pensionsreform sollten berücksichtigt und jede Verunsicherung der jungen Generation vermieden werden. Vor allem warnten die SeniorInnen vor einem Schnellschuss bei der Anhebung des Pensionsantrittsalters, weil dies die Altersarmut verschärfen könnte. Insbesondere für Frauen und für ältere ArbeitnehmerInnen, die aus gesundheitlichen Gründen in Pension gehen müssen, aber auch für Hinterbliebene wären dadurch Verschlechterungen zu befürchten. Einig waren sich die RednerInnen des Seniorenparlaments auch darin, dass eine Pensionsreform Begleitgesetze brauche, für wirtschaftliche Maßnahmen und für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit – mehr Beschäftigung sei die beste Sicherung des Pensionssystems, war an dieser Stelle zu hören. Dazu kamen Vorschläge für neue Wege bei der Finanzierung der Pensionen, wobei von sozialdemokratischer Seite einmal mehr das Thema einer Wertschöpfungsabgabe aufs Tapet kam.

SeniorInnen warnen vor Altersarmut und fordern gerechte Pensionen

Mehrere Mitglieder des Seniorenparlaments beschränkten sich aber nicht darauf, Einspruch zu erheben, sondern formulierten ihre Wünsche zum Thema Pensionsreform in Entschließungsanträgen. Die FPÖ verlangte unter dem Titel einer Gerechtigkeitsoffensive für die ältere Generation unter anderem Maßnahmen gegen Luxuspensionen, eine Zusammenlegung von Sozialversicherungen und eine Mindestpension von 1.200 €.

Die Grünen schlugen ein kostenneutrale Pensionsreform vor, die jedem Menschen ab 55 Jahren eine Grundpension gewährt, die durch eine Erwerbspension nach bisherigem Modell mit einem Deckel bei 3.100 € ergänzt werden soll.

Die beiden Entschließungsanträge wurden vom Seniorenparlament eingehend und zum Teil positiv diskutiert, blieben bei der Abstimmung aber in der Minderheit der AntragstellerInnen.

Die BundesrätInnen Edgar Mayer (V), Reinhard Toth (S), Monika Mühlwerth (F) und Nicole Schreyer (G) zollten den Mitgliedern des Seniorenparlaments Lob und Anerkennung für ihre engagierte Debatte und dankten Bundesratspräsident Josef Saller für seine geschichtsträchtige Idee, ein Seniorenparlament ins Leben zu rufen. Die Idee, über Pensionspolitik gemeinsam mit dem Jugendparlament zu diskutieren, fand im Seniorenparlament große Zustimmung.

13. EU-Vorhaben: Stellungnahmen der Landtage

Seit August 2010 hat das österreichische Parlament verstärkte Mitwirkungsrechte an der Gesetzgebung der EU. Sowohl der Nationalrat als auch der Bundesrat können neue EU-Vorhaben einer Subsidiaritätsprüfung unterziehen, also systematisch danach durchforsten, ob EU-weite Regelungen im gegenständlichen Bereich überhaupt notwendig bzw. zweckmäßig sind. Der Bundesrat nimmt dieses im Vertrag von Lissabon verankerte Recht stark wahr. Er zählt hier zu den aktivsten Parlamentskammern in Europa.

Dabei ist der Bundesrat zur Weiterleitung von Informationen an die Länder verpflichtet, um ihnen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. In den vergangenen fünfzehn Jahren sind 29 solcher Stellungnahmen von fünf Bundesländern eingelangt. Im Sinne einer verbesserten Transparenz sind diese Stellungnahmen der Länder ab sofort auf der Website des österreichischen Parlaments abrufbar. Damit erhält auch die interessierte Öffentlichkeit Zugang zu diesen Dokumenten.

EP-Berichterstatter Federley informiert österreichische ParlamentarierInnen

Erstmals wurde zu einer Diskussion in Nationalrat und Bundesrat ein Berichterstatter des Europäischen Parlaments eingeladen. Künftig soll es bei wichtigen EU-Vorhaben einen engeren Informationsaustausch zwischen den zuständigen EU-ParlamentarierInnen und den Abgeordneten nationaler Parlamente geben. Zur Premiere wurde der Berichterstatter zur Emissionshandelsrichtlinie im Europäischen Parlament, Frederick Federley, eingeladen, um die ParlamentarierInnen zu den Reformplänen der EU im Bereich Emissionshandel zu informieren. Dieser stellt als eine der wichtigsten Säulen der europäischen Klimaschutzpolitik ein wichtiges Instrument dar, um den Ausstoß von klimaschädlichen Abgasen durch Unternehmen zu reduzieren, konkret um 40 Prozent bis 2030. Unternehmen in Europa dürfen nur eine bestimmte Menge an klimaschädlichen Abgasen ausstoßen, für alles, was darüber hinausgeht, müssen sie Zertifikate kaufen. Das soll sie dazu motivieren, Energie zu sparen und umweltfreundliche Technologien zu nutzen bzw. in diese zu investieren. Die Unternehmen können nach Bedarf mit Rechten zum Kohlendioxid ausstoß auch untereinander handeln. Durch die Wirtschaftskrise sind die Zertifikate äußerst billig geworden, da die Nachfrage gesunken ist. Darüber hinaus gibt es mehr Zertifikate als die Unternehmen brauchen, was zu einem Überschuss von rund 2 Milliarden Kohlendioxidzertifikaten geführt hat. Damit fehlt auch der Anreiz für Investitionen in klimaschonende Technologien. Dem will die EU nun gegensteuern, indem etwa 1,5 Milliarden Zertifikate zur Marktstabilisierung in einer Reserve gelagert und damit dem Markt entzogen werden sollen, so Federley. Auch SPÖ-Bundesrat Stefan Schennach betonte, dass der Emissionshandel in den letzten Jahren nicht das gebracht hat, was er hätte sollen. Federley betonte, man brauche für den Emissionshandel einen faireren Preis, deshalb müsse der Markt straffer organisiert werden. Nicht mehr alle Industrien sollen kostenlose Papiere erhalten, sondern nur diejenigen, die effizient arbeiten und von Abwanderung betroffen sind. Das sollte man in fünf Jahren evaluieren. Einen Preiskorridor hält er erst dann für zweckmäßig, wenn das neue Emissionshandels-System etabliert ist. Darüber hinaus sprach sich der EU-Parlamentarier dafür aus, Umrüstungen zu fördern.

Internethandel - Bundesrat schickt kritische Mitteilung nach Brüssel

Bereits zum wiederholten Male standen Vorschläge der EU zum Internethandel auf der Tagesordnung des EU-Ausschusses des Bundesrats. Der Bundesrat übte schon in der Vergangenheit mehrmals Kritik an den Plänen, unter anderem mit einer Subsidiaritätsrüge. Man vermutet dahinter den Versuch, das im Jahr 2015 aufgrund massiven Widerstands zurückgezogene Paket zum Gemeinsamen Europäischen Kaufrecht durch die Hintertür wieder einzuführen. Die BundesrätInnen schickten deshalb einstimmig eine Mitteilung nach Brüssel, in der allgemein befürchtet wird, dass das Instrument zu einem komplizierten und parallelen Gewährleistungsregime führen könnte, das sachlich nicht gerechtfertigt ist. In diesem Sinne warnen die BundesrätInnen und Bundesräte auch davor, dass die Kommission beabsichtigt, den Richtlinienentwurf auch auf den klassischen stationären Einzelhandel auszudehnen.

EU-Ausschuss des Bundesrats sucht proaktiven Dialog mit Europäischer Kommission

Das Verfahren der „Grünen Karte“ soll nationale Parlamente dazu ermutigen, der EU-Kommission konstruktive und unverbindliche Empfehlungen zur EU-Politik oder zu Legislativvorschlägen zu übermitteln. Sie ist jedoch nicht mit einem Initiativrecht für Legislativvorschläge zu verwechseln, das nur der EU-Kommission zusteht. Der EU-Ausschuss des Bundesrats will in diesem Rahmen aktiver an der Gesetzgebung der Europäischen Union mitarbeiten. Ausschussvorsitzender Edgar Mayer unterstrich die Wichtigkeit, sich als Bundesrat bei derartigen Initiativen zu artikulieren und mitzuwirken. Und zwar nicht nur als Proteststimme im Zuge der Subsidiaritätsprüfung von Kommissionsvorschlägen, sondern eben vor allem als konstruktive Kraft im Rahmen der Mitgestaltung und Weiterentwicklung der EU. Die Grüne Karte bildet somit in gewisser Weise das Gegenstück zum sogenannten Subsidiaritätsprüfungsmodell, bei dem nationale Parlamente binnen acht Wochen eine begründete Stellungnahme (Subsidiaritätsrüge) vorbringen können, wenn sie einen Gesetzesentwurf der EU für subsidiaritätswidrig halten.

Angestoßen wurde die neuerliche Diskussion über die Anwendung der Grünen Karte vom House of Lords des britischen Parlaments. Auf dessen Initiative hin verlangten 17 EU-Ausschüsse nationaler Parlamente von der EU-Kommission, einen Gesetzgebungsvorschlag zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung vorzulegen.

Bundesrat: Rote Karte für EU-Abfallpaket

Eine Subsidiaritätsrüge gab es im EU-Ausschuss des Bundesrats für den EU-Vorschlag zur Änderung der Richtlinie über Abfälle. Obwohl die Initiative der EU-Kommission grundsätzlich von allen begrüßt wurde, befürchten die LändervertreterInnen einen zu großen Eingriff in die Handlungsfähigkeit der Mitgliedsstaaten. In der einstimmig beschlossenen begründeten Stellungnahme (Subsidiaritätsrüge) drücken sie ihr Bedauern darüber aus, dass das Niveau der Ambitionen gegenüber dem Paketvorschlag aus dem Jahr 2014 gesunken ist. Die

LändervertreterInnen stoßen sich auch an der großen Zahl der geplanten delegierten Rechtsakte und dem erwarteten vermehrten Verwaltungsaufwand. Die Subsidiaritätsrüge des Bundesrats wurde vom Umweltressort und der Wirtschaftskammer begrüßt.

14. Aktivitäten während des Salzburger Bundesratsvorsitzes

Rom: Bildung vermittelt Toleranz und Respekt

Bundesratspräsident Josef Saller nahm im April an einer Generalaudienz von Papst Franziskus am Petersplatz in Rom teil. Im Anschluss würdigte der Bundesratspräsident den Heiligen Vater als Menschen des Dialogs, der den Kontakt zu Menschen sucht: „Er tritt als Versöhner auf und mahnt zu Nächstenliebe, Respekt und Bescheidenheit. Sein unerschütterliches Vertrauen in die Menschheit macht ihn zu einem Vorbild für uns alle.“ Zuvor traf Saller Mitglieder der Kongregation für das Katholische Bildungswesen zu einem Arbeitsgespräch. Mit dem Sekretär, Kurienerzbischof Angelo Vincenzo Zani, und dem Untersekretär, dem in Wien geborenen Ordensgeistlichen Priester Friedrich Bechina FSO, sprach der Bundesratspräsident über Pläne und Konzepte der Lehrerausbildung in Österreich sowie über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Lehrerausbildung. Saller betonte dabei den enormen Stellenwert von Bildung als wichtiges Mittel für gegenseitiges Verständnis und um Werte wie Toleranz und Respekt zu vermitteln. Im Zuge der Generalaudienz überreichte der Bundesratspräsident dem Papst eine Nachbildung des frühmittelalterlichen Rupertuskreuzes aus Sallers Heimatstadt Bischofshofen.

Wien: Österreich und Russland wollen regionale Kooperation ausbauen

Vom Bekenntnis zum Ausbau der guten bilateralen Beziehungen war der Besuch der stellvertretenden Vorsitzenden des Russischen Föderationsrates Galina Karelova bei Bundesratspräsident Josef Saller getragen. Beide Seiten zeigten sich an der vor allem regionalen Verstärkung der Zusammenarbeit interessiert und verbanden große Erwartungen mit dem gemeinsamen russisch-österreichischen Tourismusjahr 2017. Denn gerade der Tourismus gäbe Gelegenheit, Gespräche zu führen und Initiativen zu setzen, die anschließend auch andere Bereiche erfassen.

Österreich hat auf russischem Gebiet rund 500 Betriebsniederlassungen. Sowohl Saller als auch Karelova bedauerten die Sanktionen der Europäischen Union, meinten aber, der Zusammenarbeit und der guten Gesprächsbasis dürften diese keinen Abbruch tun. In Zeiten, die von vielen Unruhen und Spannungen geprägt sind, seien bilaterale Beziehungen enorm wichtig. Nur so könne man die Eigenheiten des jeweils anderen Landes kennenlernen und anerkennen, sowie Verständnis füreinander und für die Anliegen des jeweils anderen finden.

Wien: Österreich und Russland wollen touristische und kulturelle Zusammenarbeit vertiefen

Bei einem gemeinsamen Gespräch mit einer Delegation aus Tatarstan stand die Vertiefung der guten bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Russland im Vordergrund. Es gelte, die gemeinsame Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen weiter zu intensivieren. Dazu bekannten sich der Präsident der Russischen Föderationsrepublik Tatarstan, Rustam Nurgalijewitsch Minnikhanow, und Bundesratspräsident Josef Saller bei einem gemeinsamen Arbeitsgespräch. Österreich habe mit Russland immer gute Beziehungen in vielen Bereichen wie dem Tourismus oder auf kultureller Ebene gepflegt. In diesen Bereichen müssten nun die gemeinsamen Berührungspunkte für einen intensiven Austausch genutzt werden, um die Völker zu verbinden und gute Beziehungen zu prägen. Besonders auf wirtschaftlicher Ebene gebe es gute Beziehungen mit Tatarstan und Russland.

Bundesrat Ferdinand Tiefnig will die wirtschaftlichen Kontakte der österreichischen Unternehmen mit Russland und Tatarstan weiter ausbauen und lobte Tatarstan als Vorzeigeland der Russischen Föderation im Bereich der Technologisierung.

Tatarstan war mit einer großen Delegation mit den Ministern für Industrie und Handel sowie Informationstechnologien und Kommunikation und Vertretern von Behörden für bilaterale Gespräche in Österreich.

Kanada: Intensive diplomatische und wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter vertiefen

Seit 65 Jahren verbinden Österreich und Kanada diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sowie gemeinsame Projekte im unternehmerischen und schulischen Bereich. Der Ausbau dieser engen sowie politischen und interparlamentarischen Zusammenarbeit war das Ziel der Kanadareise einer Bundesrats-Delegation von 5. bis 10. Juni 2016 in Ottawa und Toronto, sowie bei österreichischen Unternehmen und Vertretungen in Kanada. Insbesondere auf unternehmerischer Ebene verbinden beide Länder zahlreiche Kooperationen. Immerhin ist die Europäische Union als Wirtschaftsraum mit 9,8 Prozent des Außenhandels der zweitgrößte Handelspartner Kanadas. Für Österreich ist Kanada mit einem Exportvolumen von rund einer Milliarde Euro von Jänner bis September 2015 der viertwichtigste Überseemarkt nach den USA, China und Japan. Die Vertreter beider Seiten unterstrichen im Zuge der Gespräche die Wichtigkeit gemeinsamer Handelsabkommen wie dem Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) zwischen Kanada und der Europäischen Union oder dem aktuell verhandelten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). Dabei wurden auch aktuelle Herausforderungen wie der Umweltschutz, Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung, das verhaltene Wirtschaftswachstum und angesichts der steigenden Terrorgefahr auch Sicherheitsthemen diskutiert. Hier wollen beide Seiten die Zusammenarbeit vertiefen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, gemeinsame Projekte intensivieren und neue Projekte vor allem auf unternehmerischer Ebene starten zu können. Viele Herausforderungen seien nur gemeinsam zu lösen, so Vertreter Kanadas und Österreichs im Zuge der Gespräche.

Bundesratspräsident Josef Saller sprach vor allem Bildungsthemen an – etwa den Schüler- und Studentenaustausch zwischen Österreich und Kanada – und die wichtige und intensive Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich Tourismus, die man intensivieren wolle. Speziell den Schüleraustausch wollen Kanada und Österreich deutlich verstärken, um auch für eine künftige enge Zusammenarbeit den Weg zu ebnen, die kulturellen Gemeinsamkeiten zu vertiefen und den kulturellen Austausch zu fördern. Josef Saller hob dabei zudem die Austrian Research and Innovation Talks hervor, die im Oktober 2016 erstmals in Toronto gastieren und ein wichtiges Zeichen der gemeinsamen Bemühungen zur Vertiefung des Austauschs beider Länder sind.

Der Delegation gehörten neben dem Bundesratspräsidenten auch Ingrid Winkler und Ernst Gödl, die Vizepräsidenten des Bundesrates, sowie ÖVP-Fraktionsvorsitzender Edgar Mayer, FPÖ-Fraktionsvorsitzende Monika Mühlwerth und Bundesratsdirektorin Susanne Bachmann an.

Auf dem Programm standen ein Besuch des kanadischen Senats, dem Oberhaus im Parlament, sowie des Unterhauses in Ottawa. Dabei traf die Bundesrats-Delegation den Präsidenten des kanadischen Senats, George J. Furey, und den Sprecher des kanadischen Unterhauses, Geoffrey Regan, zu Arbeitsgesprächen. Beide Seiten hoben hervor, wie wichtig parlamentarische Besuche für den gemeinsamen und interparlamentarischen Dialog und die diplomatischen und bilateralen Beziehungen seien, um das gegenseitige Verständnis zu fördern. Aber auch Möglichkeiten des Ausbaus der wirtschaftlichen Beziehungen wurden gemeinsam erörtert. Bei einem Treffen mit John McCallum, dem Minister für Einwanderung, Flüchtlinge und Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, wurde über die Herausforderungen angesichts der Flüchtlingsströme nach Europa gesprochen sowie die integrativen Maßnahmen und Projekte Kanadas, um die vielfältigen Kulturen und Traditionen zu vereinen. Hier wolle Österreich einige Ideen und Ansätze Kanadas übernehmen, um eine bestmögliche Integration der Flüchtlinge in Österreich zu gewährleisten. Nur so schaffe man die Möglichkeiten eines vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenlebens, das nötig sei, um allen Menschen in Österreich die besten Chancen zu ermöglichen, was auch Österreich als Land nachhaltig nutzen könne. Beide Seiten betonten dabei, wie wichtig ein humanitärer Umgang mit den notleidenden und Zuflucht-suchenden Menschen trotz der umfassenden und großen Herausforderungen sei und dass dies fundamentale Grundsätze beider Länder sind. Im Zuge des Kanada-Aufenthalts besuchte die Delegation auch die Palfinger North America Group sowie die Legislativversammlung in Ontario. Ziel solle sein, so Vertreter beider Länder, die Zusammenarbeit auch auf unternehmerischer Ebene auszubauen.

Slavonice: Zusammenarbeit zwischen Tschechien und Österreich verstärken

Bundesratspräsident Josef Saller unterstrich beim Grenzlandtreffen zwischen Österreich und Tschechien, dass ein Ausbau der Verkehrswege zwischen Brünn und Wien sowie Linz und

Prag zentral sei, ebenso wie eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit im Bildungsbereich, insbesondere für den Spracherwerb. Thema des Treffens war „Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich mit dem Fokus auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit“ und hat auf Einladung des Präsidenten des Senats der Tschechischen Republik, Milan Stech, stattgefunden. Ziel des Treffens war es, die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik und der Republik Österreich weiter zu stärken. Saller betonte dabei, dass „wir ausgehend von gesicherten Außengrenzen weiter daran arbeiten müssen, die Grenzen zwischen unseren Ländern in Europa abzubauen, sie weniger spürbar zu machen – auch die Grenzen in den Köpfen“. Der Fantasie in der Gestaltung grenzüberschreitender Zusammenarbeit seien dabei keine Grenzen gesetzt. Dabei spielten Verkehrsverbindungen eine besondere Rolle, um einander begegnen zu können, seien es Radwege, Straßen, Bahn- oder Fährenverbindungen.

Im Bildungsbereich herrschte Einigkeit, dass der bilaterale Austausch zwischen Kindergärten, Schulen, Fachhochschulen und Universitäten verstärkt werden soll, denn das sei die Grundlage für ein besseres Verständnis und damit auch besseren Austausch auf weiteren Ebenen. „Wir müssen solchen Austausch weiterhin nach Kräften fördern, ideell und finanziell“, bekräftigte Saller. Wichtig sei aber die ganzheitliche Betrachtung der Bildung, also neben Kindergärten, Schulen und Hochschulen auch die berufliche Weiterbildung und das lebensbegleitende Lernen. „Bildung stärkt den Einzelnen, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft.“ Dabei sei das Vermitteln von Allgemeinbildung als Rahmen und Fundament elementar, um Spezialwissen sinnvoll einsetzen zu können. Und das Kennenlernen und der Austausch unter Nachbarn in Europa sei Teil einer solchen Allgemeinbildung.

Wien: Kroatischer Außenminister fordert gesamteuropäisches Vorgehen bei Flüchtlingen

„Die Kooperation in der Migrationskrise entlang der Balkanroute hat gezeigt, dass auch kleine Staaten etwas bewegen können“, unterstrich der kroatische Außenminister Miro Kovac bei einem Treffen mit Mitgliedern des Nationalrats und des Bundesrats im Österreichischen Parlament. Er bekannte sich auch mit Nachdruck zu den Ergebnissen der Westbalkan-Konferenz und betonte, die Schließung der Balkanroute sei ein klares Signal, „dass nicht alle Flüchtlinge dieser Welt nach Europa kommen können“. Es sei wichtig, den Migranten zu helfen, einen ungebremsten Zustrom könnten die Gesellschaften in Europa aber nicht verkraften, warnte er. Die Flüchtlingskrise macht für Kovac aber auch den Charakter der EU als Schicksalsgemeinschaft deutlich. Die Politiker denken im Sinn ihres Wählerauftrags zwar nationalstaatlich, müssen aber gleichzeitig auch gesamteuropäisch agieren. Bundesratspräsident Josef Saller griff den Bereich Wissenschaft und Forschung auf und trat für die Fortsetzung der guten Zusammenarbeit zwischen Österreich und Kroatien auf diesem Gebiet ein.

Wien: Kasachstan setzt auf erneuerbare Energie

Bei der OSZE-Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung in Wien war für viele internationale TeilnehmerInnen das österreichische Parlament ein fixer Programmpunkt. So

auch für die kasachische Delegation unter Leitung von Kasym-Zhomart Tokayev, Präsident der gesetzgebenden Kammer des Parlaments in Astana. Begleitet wurde Tokayev von mehreren Abgeordneten des kasachischen Parlaments, unter anderem Ikram Adyrbekov, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses. Vor dem Gespräch mit dem Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf traf Tokayev Bundesratspräsidenten Josef Saller zu einem Arbeitessen. Neben internationalen Herausforderungen wie dem Ukraine Konflikt und der Terrorismusbekämpfung wurde auch die Verstärkung der wirtschaftlichen Beziehungen Österreichs mit dem zentralasiatischen Staat besprochen.

Österreich als Vorbild für Indonesien

Eine indonesische Bundesratsdelegation informierte sich im Österreichischen Parlament über die Wahl, Zusammensetzung, Kompetenzen und Instrumente des Österreichischen Bundesrates sowie dessen Position im politischen System Österreichs. Denn auch Indonesien verfügt über einen Bundesrat, in den jede der 44 Provinzen des 240 Millionen Einwohner zählenden Staates drei VertreterInnen entsendet. Nun plant der Inselstaat jedoch eine Verfassungsänderung, mit der die direkt gewählte zweite Kammer der des indonesischen Nationalrats gleichgestellt werden soll.

Die österreichischen Bundesräte Rene Pfister und Gerald Zelina erklärten die gesetzgeberischen Möglichkeiten des österreichischen Bundesrates, die Interessen der Länder zu vertreten, vor allem im politischen Willensbildungsprozess der eigenen Fraktionen. In diese innerparteiliche Diskussion, die dem Gesetzgebungsprozess in den Ausschüssen vorangeht, bringen die Bundesrätinnen und Bundesräte neben sozialen und wirtschaftlichen Interessen auch die Interessen der neun Bundesländer ein. Stark nehmen der Bundesrat das im Vertrag von Lissabon verankerte Recht von Parlamenten wahr, Gesetzgebungsvorhaben der Europäischen Union nach dem Kriterium der Subsidiarität, also danach zu prüfen, ob eine Regelung auf der richtigen politischen Ebene in Europa angesiedelt sei. Auf diesem Gebiet zähle der Österreichische Bundesrat zu den aktivsten Parlamentskammern in Europa.

Wien: Österreich ist Ort der internationalen Gemeinschaft

Im Zuge eines Wien-Besuchs sprach UN-Generalsekretär Ban Ki-moon kurze Worte im Nationalrat des Österreichischen Parlaments. In seiner 20-minütigen Erklärung hob Ban Ki-moon Österreich als Ort der internationalen Gemeinschaft und des globalen Handelns hervor, vor allem die Rolle Österreichs in der Bewältigung der Flüchtlingsströme nach Europa. Der UN-Generalsekretär mahnte jedoch auch weiterhin eine menschliche und humane Lösungssuche im Rahmen internationaler Vereinbarungen und Verträge ein. Im Zuge des Parlamentsbesuchs traf Ban Ki-moon Nationalratspräsidentin Doris Bures und Bundesratspräsidenten Josef Saller.

Wien: Politik muss Digitalisierung mitgestalten

„Das Internet ist ein globales Netzwerk, das von Menschen aus aller Welt genutzt wird. Doch immer mehr erhält dieses Netzwerk auch eine lokale Dimension. Wir alle sind gefordert, uns anzupassen und Schritt zu halten. Der Politik kommt dabei sehr großer Stellenwert zu: Sie muss die Rahmenbedingungen derart gestalten, dass sie den gesellschaftlichen Paradigmenwechsel und die Chancen zu einem Wirtschaftsmotor macht“, betonte Bundesratspräsident Josef Saller bei der Eröffnung des IFIP Networking Events im Mai 2016. Die Universität Wien und Vizerektor Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann waren die Gastgeber der 15. Veranstaltung der Reihe. Das Ziel der Events ist es, die Netzwerk-Community aus Forschung und Industrie zu versammeln und zu vernetzen, um aktuelle Themen, Fortschritte und Trends zu diskutieren sowie Visionen zu formulieren.

Saller betonte auch, dass sein Amtsvorgänger Gottfried Kneifel das Grünbuch Digitaler Wandel und Politik in Auftrag gegeben hat, in dem fünf Kernbereiche formuliert werden, in denen Innovationen und Investitionen besonders dringlich sind: Forschung und Innovation, Wirtschaft, Politik, Infrastruktur und Bildung. „Im Bildungsbereich ist die Medienpädagogik gefordert, Modelle für die digitale Grundversorgung und die Bildung und Ausbildung von Medienkompetenz für alle Generationen zu entwickeln“, so Saller.

Bundesrat verbindet digitale Welt mit Regionen und Parlament

Die 24 Monolithen der Säulenhalle des Parlaments sind aus Salzburger Marmor gefertigt und stünden sinnbildlich für die tragende Rolle der Bundesländer im Aufbau der Republik, sagte Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer beim Salzburg-Abend zur Vorsitzübernahme des Bundeslandes Salzburg im Bundesrat. Bundesratspräsident Josef Saller betonte, es sei auch Ziel des Bundesrats, die Initiativen zum digitalen Wandel auf politischer Ebene insbesondere im Bereich der Bildungspolitik fortzusetzen. Saller unterstrich dabei auch die Rolle des Bundesrats als „Europakammer“ des Parlaments: „Der Bundesrat ist das Bindeglied zwischen der vernetzten Gesellschaft, den österreichischen Regionen und dem Parlament.“ Deshalb nehme die Länderkammer auch die Verantwortung wahr, die europäischen Verträge, Verordnungen und Richtlinien auf ihre Länder- und Regionentauglichkeit und die Einhaltung der Subsidiarität zu prüfen. Dazu stehe man in enger Zusammenarbeit mit den Landtagen und Landesregierungen, betonte Saller.

Besonders wichtig ist dem Bundesratspräsidenten auch die bildungspolitische Komponente der Digitalisierung. Bildung dürfe keine Altersgrenzen kennen und keine gesellschaftliche Gruppierung von modernen Entwicklungen ausschließen, betonte er. Umso wichtiger sei es, die Voraussetzungen für das lebenslange Lernen zu schaffen und medienpädagogische Modelle zu entwickeln, um alle Generationen und gesellschaftlichen Gruppierungen an der Digitalisierung und Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten teilhaben zu lassen.

Die musikalische Gestaltung des Abends erfolgte durch die Bischofshofener Tanzmusi und die Pongauer Almhörner.

Estland: Türen nach Europa mit Umsicht offenhalten

Ohne sichere EU-Außengrenzen und ohne Überprüfung und Registrierung der Flüchtlinge sei eine faire Verteilung der Menschen innerhalb der EU nicht möglich, betonte Kalle Palling, der Vorsitzende des EU-Ausschusses des estnischen Parlaments gegenüber österreichischen Mandataren aus National- und Bundesrat. Nationalrat Wolfgang Gerstl und Bundesrat Stefan Schennach führten in den beiden Unterredungen jeweils den Vorsitz auf österreichischer Seite. „Wir müssen in Europa die Türen offenhalten, dabei aber mit Umsicht vorgehen“, so Palling. Estland organisiere daher auch den Schutz seiner EU-Außengrenze mit modernsten Mitteln neu, sein Land nehme diese Aufgabe sehr ernst. Bundesrat Schennach wies darauf hin, dass Österreich eine große Tradition habe, Schutzsuchende aufzunehmen, neben Deutschland und Schweden derzeit am meisten vom Flüchtlingsstrom betroffen sei. Deshalb waren sich auch beide Seiten einig, dass es eine gemeinsame europäische Lösung braucht. Die estnische Delegation besuchte neben Österreich auch die Slowakei, um die Kooperation auf parlamentarischer Ebene zu intensivieren.

15. Der Bundesrat als wichtiges Organ der Demokratie

Von Prof. Dr. Werner Zögernitz

Der Bundesrat zählt ebenso wie der Nationalrat, die Landtage, die Gemeinderäte und die Wiener Bezirksvertretungen zu den allgemeinen Vertretungskörpern. Diese vertreten nicht nur die Interessen bestimmter – etwa nach Stand, Beruf oder Bekenntnis – gleichartiger Personen sondern haben die Interessen aller innerhalb eines bestimmten Gebietes lebenden Menschen wahrzunehmen. Es handelt sich dabei um die Repräsentationsorgane der Gebietskörperschaften.

Durch das Volk unmittelbar gewählt werden dabei der Nationalrat, die Landtage, die Gemeinderäte sowie die Wiener Bezirksvertretungen. Die Mitglieder des Bundesrates hingegen werden nicht direkt gewählt, sondern – gemäß Artikel 35 Abs. 1 B-VG – nach dem Grundsatz der Verhältniswahl von den Landtagen für die Dauer ihrer Gesetzgebungsperiode entsandt.

Die Gesetzgebungsperiode beträgt dabei in Oberösterreich in der Regel sechs Jahre und in den übrigen acht Bundesländern je fünf Jahre. Alle Landtage zusammengenommen bestehen derzeit aus 440 Abgeordneten. Wien stellt davon 100, Niederösterreich und Oberösterreich je 56, die Steiermark 48 sowie die Bundesländer Burgenland, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg je 36.

Die modernste und weitestgehend anerkannte Staatsform ist die repräsentative – also parlamentarische – Demokratie. In einer solchen werden Sachentscheidungen nicht unmittelbar durch das Volk sondern in erster Linie durch dessen Repräsentanten getroffen.

Das österreichische Parlament, dessen klassische Aufgaben insbesondere die Gesetzgebung und Kontrolle der Bundesregierung sind, besteht bekanntlich aus zwei Kammern, nämlich dem Nationalrat und dem Bundesrat. Über letzteren wirken die Länder an der Bundesgesetzgebung mit.

Als Mitglied der Europäischen Union haben Nationalrat und Bundesrat auch Einfluss auf die Rechtsetzung in der EU, wobei dies für den Bundesrat einen Arbeitsschwerpunkt darstellt.

Somit scheint es sinnvoll, die parlamentarischen Systeme in den einzelnen EU-Staaten kurz zu beleuchten.

Von den (noch) 28 Mitgliedstaaten der EU haben 15 eine Kammer und 13 zwei Kammern. Insgesamt gesehen leben allerdings 85 % der EU-Bevölkerung in einem Zweikammersystem und nur 15 % in Staaten mit einer einzigen Kammer.

Zwei parlamentarische Kammern haben neben Österreich auch folgende Staaten: Belgien, Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Niederlande, Polen, Rumänien, Slowenien, Spanien, Tschechien und das Vereinigte Königreich.

Die Parlamente aller föderalistischen Staaten in der EU, nämlich Österreich, Belgien, Deutschland und Spanien, bestehen aus zwei Kammern, wobei die zweite Kammer jeweils eine Länderkammer ist. Ergänzend sei auch erwähnt, dass faktisch alle föderalistischen Staaten (so z.B. auch die Schweiz und die USA) eine Länderkammer auf Bundesebene besitzen.

Bei den sogenannten 15 „alten“ EU-Staaten sieht die Verteilung zwischen Parlamenten mit einer bzw. zwei Kammern so aus, dass in neun Staaten ein Zweikammersystem besteht, in sechs gibt es nur eine Kammer.

Ferner ist erwähnenswert, dass die Parlamente aller großen Staaten (Deutschland, Frankreich, Vereinigtes Königreich, Italien, Spanien und Polen) ein Zweikammersystem vorsehen.

Griechenland, Portugal und Ungarn sind die drei größten EU-Staaten mit einem Einkammersystem. Der viertgrößte Staat mit einer parlamentarischen Kammer ist Schweden. Allerdings sind in diesen vier Staaten relativ viele Mitglieder in der einzigen Kammer konzentriert, und zwar: Ungarn mit 386, Schweden mit 349, Griechenland mit 300 und Portugal mit 230.

Im Vergleich dazu haben in Österreich Nationalrat und Bundesrat zusammengenommen 244 Mitglieder.

Aus aktuellem Anlass möchte ich darauf hinweisen, dass die Länder über den Bundesrat ein nicht unbedeutendes **Mitwirkungsrecht an der Zusammensetzung des Verfassungsgerichtshofes** besitzen. Von den 14 Verfassungsrichtern (inklusive Präsident und Vizepräsident) werden nämlich drei vom Bundesrat namhaft gemacht. Weiters nominiert der Bundesrat ein Ersatzmitglied für die oberste Schiedsstelle der Republik.

Abgesehen davon erscheint es mir noch angebracht, folgende Möglichkeiten und Rechte des Bundesrates zu erwähnen, die jedoch in der Praxis noch nie schlagend geworden sind. Es sind dies:

- Ein Drittel der Bundesratsmitglieder besitzt das Recht, Gesetze beim Verfassungsgerichtshof anzufechten.
- Ein Gesetzesbeschluss des Nationalrates betreffend eine Teiländerung der Bundesverfassung ist gemäß Artikel 44 Abs. 3 B-VG nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens in den beiden parlamentarischen Kammern – jedoch vor Beurkundung durch den Bundespräsidenten – dann einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn dies mindestens von einem Drittel der Bundesräte verlangt wird.
- Gemäß Artikel 100 Abs. 1 B-VG kann – theoretisch gesehen – jeder Landtag auf Antrag der Bundesregierung **mit Zustimmung des Bundesrates** vom Bundespräsidenten aufgelöst werden, wobei eine solche Auflösung nur einmal aus dem gleichen Anlass verfügt werden darf.

Die Zustimmung des Bundesrates müsste in diesem Fall bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erfolgen. An dieser Abstimmung dürfen die Vertreter jenes Landes, dessen Landtag aufgelöst werden soll, nicht teilnehmen.

Es ist allerdings zu hoffen, dass es niemals zur Anwendung dieser Verfassungsbestimmung kommen wird.